

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN

Marxistische Zeitung für ArbeiterInnen und Jugendliche

Nr. 158 Februar 1994

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital



Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück G10321 E

Stoppt Nazis und Rassismus

Wir vertreiben die Faschisten

Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE hat in Kassel eine Kampagne gegen militante Nazis von der "Aktionsfront Gau-Kurhessen", durchgeführt. Ihre Führer wurden an die Öffentlichkeit gezerrt, "geoutet". Das ist der erste Schritt, um die Nazi-Banden zu zerschlagen.

Faschisten können ihre Schlägertrupps nur in Städten aufbauen, wenn das Kräfteverhältnis für sie günstig ist, wenn sie toleriert werden und in aller Ruhe und im Verborgenen ihre Aufbauarbeit vorantreiben können.

In Kassel, einer Stadt, in der das Kräfteverhältnis in den 80er Jahren immer klar zu Gunsten der Antifaschisten stand, haben Faschisten den Versuch unternommen, eine eigene militante Struktur aufzubauen. Im letzten Jahr sind so viele rechtsextreme Materialien aufgetaucht wie noch nie, teilweise 150 Spuckies flächendeckend in einer Straße. Jugendliche wurden von Faschisten zusammengeschlagen, einem wurde eine brennende Zigarette im Gesicht ausgedrückt. Faschisten überfielen nach einer Informationsveranstaltung über Rassismus einige Teilnehmer und verletzten eine junge Frau so, daß sie eine chronische Sehstörung für ihr Leben behalten wird. Das direkt vor dem Gewerkschaftshaus parkende Auto einer Gewerkschafterin besprühten die Nazis mit einem Hakenkreuz und schlugen eine Scheibe ein.

"Gau Kurhessen"

Hinter diesen Aktionen steckt die sich im Aufbau befindliche "Aktionsfront Gau Kurhessen". Die führenden Köpfe sind Mitglieder der FAP und der verborgenen "Nationalistischen Front" (NF). Neben ihrer seit September erscheinenden Zeitung "Kurhessen-Post" unterhalten sie eine Mailbox in Kassel und verteilen Handzettel unter anderem mit dem Slogan "JRE verrecke".

Die Kasseler JRE hat im Dezember 1993 eine Outing-Kampagne gegen diese Nazis gestartet, mit dem Ziel, die führenden Köpfe öffentlich zu machen, sie in ihren Stadtteilen zu isolieren und damit einen ersten Schritt dahin zu machen, die Strukturen der Aktionsfront zu zer-

schlagen.

Innerhalb von drei Wochen wurden 10 000 Flugblätter verteilt, mit Fotos, Namen und Adressen der führenden Kader der Aktionsfront, hauptsächlich in Schulen, Betrieben und in den Stadtteilen, wo die Nazis wohnen. Dort wurden auch Hausbesuche gemacht, um mit den Nachbarn direkten Kontakt aufzunehmen. Wir waren mit dieser Aktion in der Presse und im Fernsehen und konnten auf Betriebsversammlungen reden. Die Gewerkschaften haben uns unterstützt.

Bei einer ersten Aktion zogen 50 JRElerInnen vor die Häuser der Faschisten, klebten dort Plakate mit ihren Fotos und Adressen und informierten durch eine Kundgebung die Anwohner. Danach fand eine Demonstration unter dem Motto "Keinen Fußbreit den Faschisten in Kassel – Stoppt die Aktionsfront Gau Kurhessen" mit 2000 TeilnehmerInnen statt. Die Reaktionen darauf waren durchweg positiv. Die Leute freuten sich, daß sich jemand den militanten Faschisten in den Weg stellt.

Die FAP hatte eine Gegenkundgebung angemeldet, die aber nicht stattfand. Wie auch, immerhin hatten wir viermal so viele Leute auf die Straße gebracht wie die FAP und andere Neonazis bei ihrer bundesweiten Mobilisierung zum Rudolf-Heß-Marsch in Fulda.

Uns ist gelungen, mit dieser Outing-Kampagne gelungen, die Faschisten in Kassel zu isolieren und sie beim Aufbau ihrer Struktur zu behindern. Drei der führenden Kader der Aktionsfront sind inzwischen aus Kassel nach Bayern verzogen: Wenn die Antifaschisten dort das Gleiche machen wie in Kassel, können wir sie durch die ganze Republik jagen.

JRE Kassel



Kickt die Nazis raus!

Länderspiel am 20. April: Fußball gegen Faschismus

Für das Länderspiel zwischen England und Deutschland am 20. April haben Neo-Nazis eine Mobilisierung angekündigt, um den Geburtstag von Ober-Nazi Hitler zu "feiern". Sie drohen mit Terror gegen AusländerInnen und Linke. Ursprünglich sollte das Spiel in Hamburg stattfinden, doch der Innensenator hat kalte Füße bekommen. Nun hat sich der DFB auf das Berliner Olympiastadion als Austragungsort geeinigt.

Wir wollen das Stadion und seine Umgebung nicht dem Nazi-Ab-schaum überlassen! Und wir wollen

nicht wegen der Faschisten auf den Sport verzichten!

Die Mehrheit der Fußball-AnhängerInnen ist gegen Nazis und Rassismus. Am 20. April werden englische, deutsche Fußball-Fans gemeinsam Spaß haben. Den Nazis werden wir massenhaft die "Rote Karte" zeigen. Das Stadion, seine Umgebung und ganz Berlin müssen am 20. April den AntifaschistInnen gehören. JRE hat mit der Planung von Aktionen begonnen. Youth Against Racism in Europe – YRE aus England hat schon angekündigt, eine Delegation

zu schicken.

Der DFB, die englische Football Association und die Spieler beider Nationalteams wurden bereits angeschrieben, die Kampagne von JRE/YRE zu unterstützen.

2:0 für die internationale Solidarität!

Wegen weiterer Informationen wendet Euch bitte an das JRE-Bundesbüro.

Telefon: 0221/132979

Fax: 0221/137280

Sascha Stanicic, Köln, JRE-Bundesprecher

Nicht umsonst gekämpft

Nicht VORAN-Redakteurin Angela Bankert war im Bischofferode-Solidaritätskomitee Köln aktiv. In diesem Artikel beschreibt sie den Kampf der Kali-Werker und seine Lehren für die Arbeiterbewegung.

Wenn jemand den Kali-Kumpeln vor zwei Jahren gesagt hätte, daß sie über ein Jahr lang einen Arbeitskampf gegen eine mächtige Allianz aus BASF, Treuhand und Bundesregierung führen würden, hätten sie es wohl selbst kaum geglaubt. Wenn 700 Kumpel im Kali-Bergbau die Herrschenden monatelang nervös machen, was wäre dann erst von großen Belegschaften in zentralen Branchen machbar? Was, wenn die Einzelgewerkschaften und der DGB ernsthaft ihre volle Kampfkraft mobilisierten?

Wer hat Bischofferode plattgemacht?

Hinter der Schließung von Bischofferode und dem Kali-Fusionsvertrag steht die BASF, die sich damit das Monopol im deutschen Kali-Bergbau sicherte. Gleichzeitig werden ihr bis 1997 1,3 Milliarden DM Subventionen – Steuergelder – in den Rachen geworfen. Bundesregierung, Treuhand und Landesregierung haben als Handlanger von BASF die Fusion durchgepeitscht.

Ohne die aktive Mittäterschaft der IG-Bergbau-Führung wäre der Coup der BASF nicht gelungen. Die Führung der IGBE betrieb aktive Sabotage des Arbeitskampfes. Am Sitz von Kali + Salz in Kassel wurde eine Demo gegen die Bischofferoder veranstaltet, mit "Kopfgeld" für die Teilnehmer.

Daraus kann es nur eine Konsequenz geben: die Gewerkschaften müssen grundlegend umgekrempelt und wieder zu echten Kampforganisationen gemacht werden. Dazu ist der Aufbau einer kämpferischen Gewerkschafts-Linken von der Basis her nötig.

Auch die SPD-Führung hat die Sabotage des Arbeitskampfes unterstützt. SPD-Mitglieder des Treuhand-Ausschusses haben die kriminelle Geheimhaltung des Kali-Vertrages gedeckt, Scharping ließ Vertreter aus Bischofferode abblitzen, mit der Bemerkung, sein Wahlkreis läge nun einmal in Ludwigshafen, dem Sitz der BASF.

Der Kampf der Kali-Kumpel

An der Kampfbereitschaft der Kali-Kumpel hat es jedenfalls nicht gemangelt. Sie waren entschlossen, ja stur. Am Ende sahen sie keine weitere Perspektive mehr. Aber wer will es ihnen angesichts ihrer Gegner verdenken?

Einige wichtige Lehren können aus dem Kampf gezogen werden:

● Man kann auch von der Basis her einen Kampf beginnen und muß nicht auf die Zustimmung des Apparates warten. Auch in Rheinhausen begann der Kampf 1987 spontan. Hätte man erst die Gewerkschaft gefragt oder hunderte Bedenken gewälzt, wären solche Kämpfe nie geführt worden.

● Man muß aufpassen, daß einem das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand genommen wird. Auch wenn ein solcher Kampf immer defensiv ist, muß man nicht nur reagieren. Beispielsweise lag das Datum der Entscheidung der EG-Kommission am 20. Dezember, kurz vor Weihnachten und dem geplanten Schließungstermin am 31. Dezember. Vertreter der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative und von VORAN hatten im Oktober vorgeschlagen, selbst einen früheren Termin zu setzen und bis dahin klare Zusagen über den Weiterbetrieb zu verlangen, um dann bei Ablehnung zur aktiven Betriebsbesetzung überzugehen.

● Eine betriebswirtschaftliche Argumentation – "Unser Betrieb ist konkurrenzfähig" – ist problematisch. Ein Konzept, das alle Betroffenen einbezieht und zum Kampf bewegt, ist nötig. Da nicht immer der ganze Fusionsvertrag klar abgelehnt wurde, konnten die Spaltungstendenzen zwischen den einzelnen Kali-Belegschaften von der IGBE-Führung

und BASF vertieft werden.

● Nicht jedes Kampfmittel ist immer geeignet. Ein Streik in einem Betrieb, der ohnehin geschlossen werden soll, ist nicht sinnvoll. Hier stellt sich oft eher die Frage nach einer Fortführung der Produktion unter eigener Regie, was jedoch je nach Art des Betriebes umfassender und frühzeitiger Vorbereitungen bedarf.

Auch der Hungerstreik ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits dokumentiert er die Entschlossenheit und erregt die starke Aufmerksamkeit der Medien. Andererseits schwächen sich die Kämpfenden damit selbst. Er signalisiert auch Verzweiflung und dadurch womöglich Schwäche an einen Gegner, der sowieso keine moralischen Skrupel kennt. Zeitlich begrenzt ist er ohnehin, ein Ausstieg oder Aussetzen kann leicht als Aufgeben interpretiert werden.

Die Solidaritätsbewegung

Viele Gewerkschaftsaktivisten blickten voller Hoffnungen auf den Kampf in Bischofferode. Es entstand eine der größten Solidaritätsbewegungen der letzten Jahre, mehr als zehntausend Botschaften und über eine dreiviertel Million DM gingen beim Betriebsrat ein.

Doch aktiv getragen wurde die Solidaritäts-Bewegung vor allem durch ver-

schiedene politischen Gruppierungen sowie vom Thüringer Aktionsbündnis und der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative.

Es fehlte an kontinuierlicher politischer Beratung. Die PDS leistete umfassende praktische Hilfe. Doch weder von ihr noch von der durch die maoistische MLPD geführten Kampagne "Arbeitsplätze für Millionen" kamen weiterreichende Vorschläge, wie der Kampf hätte gewonnen werden können. Gysi unterstützte in seinen Reden beispielsweise die Forderung nach Einzelprivatisierung an den Unternehmer Peine.

Das Thüringer Aktionsbündnis veranstaltete zwar viele Wochen lang die Aktion "5-vor-12", mit Kurzdemonstrationen jeden Dienstag. Doch als es für eine Reihe von Betrieben bereits 12 Uhr war, sie vor der Schließung standen, gab es seitens des DGB-Thüringen keine Ausweitung und Zuspitzung der Kämpfe, etwa auf einen eintägigen Streik hin, um die Landesregierung unter Druck zu setzen und ein deutliches Signal zu geben.

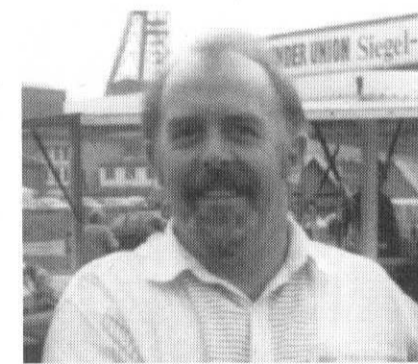
Mittelfristig hat Bischofferode eine wichtige Tradition in der Nach-Vereinigungs-Arbeiterbewegung begründet. Viele der Kämpfe der 70er und frühen 80er Jahre sind mittlerweile im Gedächtnis verblaßt. An Bischofferode können andere Belegschaften in den kommenden Monaten und Jahren anknüpfen.



Der Kampf der Kali-Kumpel dauerte über ein Jahr

“Aus dem Bauch heraus ...”

Interview mit dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Gerhard Jüttemann



Gerhard Jüttemann

VORAN: Ihr habt ein Jahr den Kampf gegen BASF, Regierung und Treuhand durchgehalten, eine enorme Leistung, die den Respekt aller aktiven Gewerkschafter hat. Was waren die Gründe für den Abbruch zum Jahreswechsel?

Jüttemann: Da war nichts mehr zu wollen. Wir hatten noch mit der Landesregierung verhandelt, daß sie das Werk in Landeseigentum übernimmt. Aber die haben abgewunken. Da sieht man, wie hohl ihre angebliche Unterstützung war.

Was ist aus den Plänen geworden, das Werk selbst zu übernehmen und die Produktion zunächst unter eigener Regie fortzuführen?

Technisch und von der Produktion her hätten wir es machen können. Aber wir haben keine berechnete Genehmigung für die Produktion. Die braucht man – wenn etwas passiert wäre, wären

wir zur Verantwortung gezogen worden. Ein Kali-Grube ist nicht wie eine normale Fabrik, wo Dinge hergestellt werden. Da kann leicht ein Unfall passieren. Und dann wären wir dran, dann hätten sie ein paar Verantwortliche gesucht und uns juristisch fertig gemacht. Dann wäre es vielleicht eine völlige Niederlage geworden und das wollten wir nicht. Ich glaube nicht, daß sie es gewagt hätten, mit Polizei gegen uns vorzugehen. Dann hätte es eine große Bewegung gegeben.

Dann das Problem mit den Abnehmern. Wir hatten jemanden zu den Kunden geschickt. Die haben auch zugesagt, daß sie unser Kali weiter nehmen würden, wenn wir pünktlich liefern. Aber wir hätten dann alles organisieren müssen. Die Verwaltung ist ja weg. Man muß Preise kalkulieren und den Transport organisieren. Das hätten wir nicht geschafft.

Wir haben den ganzen Arbeitskampf mehr spontan, "aus dem Bauch heraus" geführt. Das war auch ganz gut so, aber um die Produktion weiterzuführen, wäre mehr nötig gewesen. Vielleicht hätten wir da früher mit anfangen sollen.

Es gab doch den Plan, eine eigene GmbH zu gründen, um das Werk selbst fortzuführen.

Ja, da waren wir dran, aber es hat dann zeitlich nicht mehr hingehauen. Dann saßen wir am Heiligabend zusammen, haben uns alle angeguckt und haben plötzlich gewußt: da ist nicht mehr viel zu schaffen in einer Woche. Dann haben wir Ramelow (HBV-Sekretär Thüringen, Thüringer-Aktionsbündnis, die Red.) be-

auftragt, die Verhandlungen zu führen.

Ihr hattet zuvor ja sehr stark auf die EG-Entscheidung gehofft, den Fusionsvertrag aufzuheben ...

Ja, von der EG-Entscheidung haben wir mehr erwartet. Das war eigentlich auch eine Niederlage. Die Konkurrenz-ausschluß-Klausel ist zwar weg, aber das hat uns nichts mehr genützt. Wir könnten jetzt noch gegen die Entscheidung klagen, bis vor den EG-Gerichtshof. Aber was würde uns das noch helfen?

Letzten Endes zählen gegenüber EG, Treuhand und Landesregierung keine Argumente, es war eine Machtfrage.

Ja, klar. das habe ich auch immer so gesehen.

Man hatte manchmal den Eindruck, daß nicht alle es so sehen, sondern vielleicht annehmen, es käme auf die besseren Argumente an?

Vielleicht, aber ich persönlich habe es immer als Machtkampf gesehen. Argumente sind wichtig gegenüber der Bevölkerung. Aber für Treuhand und BASF zählen sie nicht. Die verfolgen nur ihre Interessen.

Vor Weihnachten lief dann noch die Urabstimmung und zwei Drittel waren für Weitermachen.

Ja, aber nur ein Drittel war für Fortführung der Produktion in eigenen Händen. Am Schluß ist es doch sehr abgebröckelt.

Ist das nicht auch eine Frage, ob in der Belegschaft genug Klarheit über die Strategie, über die nächsten Schritte bestand? Da gab es vielleicht

zu viel Unsicherheit darüber, wie es weitergehen soll?

Ich weiß nicht. Aber am Schluß hätten vielleicht noch 50 aktiv mitgemacht. Das sind bei einer Belegschaft von 700 zu wenige, um die Produktion fortzuführen. Und dann wurde uns wie gesagt mit rechtlichen Konsequenzen gedroht ...

Was wählen die Bischofferöder im Superwahljahr?

PDS, ganz klar.

Wirklich? 80 Prozent haben doch beim letzten Mal CDU gewählt, und eine ganze Reihe sind Mitglieder ...

Ja, aber das mit der CDU ist vorbei, die wählt hier keiner mehr.

Und was ist mit der SPD?

Die hat uns ja auch nicht geholfen. Und wenn man sieht, wie die auf eine große Koalition hinauswollen, dann kann man sie nicht wählen. Sonst könnte man ja auch gleich CDU wählen.

Ne, die meisten hier werden PDS wählen. Damit wir wenigstens eine starke Opposition kriegen, die auch mal den Mund aufmacht im Parlament und unsere Interessen vertritt. Allerdings hat die PDS noch ein paar politische Altlasten, die abgebaut werden müßten.

Wie steht's mit dem weiteren Kontakt innerhalb der Soli-Bewegung?

Die Unterstützer-Gruppen sollten sich auf keinen Fall auflösen. Das Wichtigste ist jetzt, daß die Bewegung weitergehen muß. Es wird weitere Bischofferodes geben. Der Kampf um Arbeitsplätze ist nicht zuende.

Vielen Dank für dieses Interview.



Chronologie des Kampfes

- 10. 12. 92: Bekanntgabe der Schließung des Werkes zum 31. 12. 93
- 24. 12. 92: 5000 Teilnehmer demonstrieren vor dem Werkstor
- 7. 4.: Besetzung des Werkstores
- 17. 5.: Kundgebung vor der Treuhandzentrale in Berlin mit 400 Kali-kumpeln. Polizei setzt Provokateure ein
- 1. 7.: Beginn des Hungerstreiks
- 10. 7.: Aktionstag für den Erhalt der Arbeitsplätze und gegen die Werkschließung mit mehr als 5000 Beteiligten
- 14. 7.: 500 Kumpels demonstrieren vor dem Erfurter Landtag. Wieder werden Polizisten in Zivil unter die Demonstranten geschleust um Gewalt zu provozieren
- 16. 7.: Die Belegschaft entscheidet per Urabstimmung über die Fortsetzung des Arbeitskampfes. Das Ergebnis: 535 dafür, 50 dagegen
- 17. 7.: Über 2000 Teilnehmer am Aktionstag.
- 23. 7.: Aufruf der Hungerstreikenden zu bundesweiten Unterstützungsaktionen. In verschiedenen Städten werden Solikomitees und -Aktionen organisiert
- 28. 7.: Thüringer Betriebsräte-Initiative organisiert Protestkundgebung mit 5000 Beteiligten
- 1. 8.: Internationaler Solidaritätstag in Bischofferode mit 12 000 Teilnehmern. Darunter Vertreter von 150 Belegschaften und viele Gewerkschafter
- 5. 8.: Das Bundeswirtschaftsministerium untersagt dem Kartellamt die Prüfung des Fusionsvertrags
- 17. 8.: Erster Aktionstag "5 vor 12 – Thüringen brennt". Ab diesem Tag gibt es jeden Dienstag Demos gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau
- 21. 8.: Dritter Aktionstag in Bischofferode mit 5000 Teilnehmern
- 1. 9.: Beginn des Marsches der Hungerstreikenden nach Berlin
- 16. 9.: Abschlußkundgebung in Berlin mit 5000 Teilnehmern.
- 21. 9.: Nach einer Demo von 120 Kali-Werkern vor dem Vorstandsgebäude der MdK erzwingt der Betriebsrat die Rücknahme von Kündigungsdrohungen, Beurlaubung und Hausverbot.
- 26. 11.: 500 Kaliwerker beteiligen sich an einer Demo in Frankfurt anläßlich der Aufsichtsratssitzung, die die Schließung von Bischofferode bestätigen will. Die Bosse fliehen vor der Belegschaft per Flugzeug
- 13. 12.: Sondersitzung des Thüringer Landtags. SPD- und PDS-Fraktion beantragen Übernahme des Kaliwerks durch das Land zur späteren Privatisierung. CDU/FDP-Mehrheit lehnt ab
- 15. 12.: EG-Kommission genehmigt den Fusionsvertrag
- 22. 12.: Nach dem Willen der MdK soll die letzte Schicht gefahren werden. 26 Bergleute halten jedoch die Grube unter Tage besetzt. Urabstimmung über Fortsetzung des Arbeitskampfes: 65 Prozent für Fortsetzung des Arbeitskampfes und 32 Prozent für Beendigung
- 27. 12.: Wiederaufnahme des Hungerstreiks
- 31. 12.: Abbruch von Hungerstreik und Besetzung. Die Kali-Kumpel nehmen ein Ultimatum an und unterschreiben Aufhebungsverträge.

Schreibt Leserbriefe

an: Redaktion VORAN
Hansaring 4, 50670 Köln

Politisch uninteressiert?

Diese Frage wird meistens mit "Ja" beantwortet. Denn es liegt auf der Hand, daß die Realitäten in unserer Gesellschaft, an dieser Stelle vor allem an Schulen, die Mehrheit der Schüler in bezug auf Politik ganz allgemein resignieren lassen.

Von Erziehung zu demokratisch denkenden und vor allem handelnden Menschen kann keine Rede sein an Schulen, die zur Sortierung der Schüler nach wirtschaftlichen Aspekten, also dem Klassifizieren in z. B. spätere Manager und 08/15-Arbeiter dienen.

Aber jene Resignation wird nun durch bedeutende Veränderungen in der Gesellschaft, wie Arbeitslosigkeit, die plötzlich alle angeht, aufkommenden Faschismus oder die vielen (neuen) internationalen Krisen in Frage gestellt.

Ich habe das alles selbst erlebt. Als (links-)politisch Aktiver bekannt, werde ich nun von meinen Freunden, die bisher zum beim Wort "Politik" den Kopf geschüttelt haben, angesprochen, man solle doch eine Antifa-Gruppe ins Leben rufen. Die REPs würden nächstes Jahr bei den Kommunalwahlen bei uns antreten, da müsse man etwas tun. Die größte Bereitschaft, etwas zu tun, liegt klar bei der Antifa. Aber es kommen auch Fragen nach dem "warum" auf. Auch sind Bosnien-Krieg und Völkermord in Kurdistan sowie der deutsche Somalia-Ein-

satz etwas worüber Jugendlighet sprechen.

An diesem entstehenden bzw. schon vorhandenem Interesse müssen linke Jugendorganisationen ansetzen. Mit Aktionen und somit Repräsentanz können Jusos, Falken, VORAN, JRE usw. einen großen Teil politischen Desinteresses unter SchülerInnen und sonstigen Jugendlichen überwinden. Gerade jetzt müssen wir die richtige Antwort auf das "warum" geben.

Ole, 14 Jahre, Rotes SchülerInnen Forum Kreuztal und Juso-Mitglied

ÖPNV in Berlin: Teurer Spaß

1994 – ein neues Jahr hat begonnen. Unternehmer und Staat überlegen immer intensiver, wie sie uns schröpfen können. Alles wird teurer. So hat sich auch die BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) eine Überraschung für das neue Jahr ausgedacht: die Erhöhung der Tarife. Ohne es vorher anzukündigen, erhöhte sie die Preise stellenweise um 100 Prozent. So kostet zum Beispiel das Ostberliner SchülerInnen statt bisher 160 DM jetzt 320 DM im Jahr. Ein Schüler im Westteil der Stadt muß sogar 380 DM pro Jahr berappen. Es ist klar, daß ein Schüler ohne großartige Nebeneinkünfte solche Preise nicht bezahlen kann, so daß auf die Eltern zurückgegriffen werden muß. Falls sich aber ein Elternteil auch eine Umweltkarte kaufen möchte, muß

es dafür jetzt 700 DM im Westen und 600 DM im Osten Berlins bezahlen. Rechnet man da also noch die Kosten für ein Kind mit ein, so würde man auf einen Preis von 1080 DM bzw. 920 DM kommen.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Straßen in Berlin völlig überlastet sind. Oft kommt es vor, daß während der Hauptverkehrszeit Staus im Zentrum der Stadt über 5 km betragen. Trotzdem sind S-Bahnen und Straßenbahn zur Zeit des Berufsverkehrs übervoll.

Die S-Bahnen fahren in unregelmäßigen Abständen. Viel zu große Intervalle machen es unmöglich, sich auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu verlassen. Ganze Straßenbahnlinien wurden wegen angeblicher Uneffektivität gestrichen.

Die Zustände werden immer katastrophaler. Um dies zu verhindern, gibt es nur ein Mittel: öffentliche Verkehrsmittel zum Nulltarif bei gleichzeitigem Ausbau des Streckennetzes. Nur so kann die Umwelt effektiv entlastet und geschützt werden.

Bezahlen sollen dies die großen Auto-konzerne, die trotz Wirtschaftskrise über riesige Geldsummen verfügen, die sie in den letzten Jahren auf Banken aufgehäuft haben.

Patrick, Berlin

"Marx ist tot"???

Politiker wie Kohl und Konsorten haben den Sozialismus totgesagt. Sie würden es gerne sehen, wenn sich keiner mehr für sozialistische Ideen interessie-

ren und alle den Kapitalismus als die einzig machbare Gesellschaftsordnung ansehen würden.

Doch daß der Sozialismus nicht so tot ist wie diese Gestalten gerne hätten, sondern daß viele den Sozialismus für eine Alternative zum real existierenden Kapitalismus halten, hat auch eine Umfrage an meiner Schule ergeben. 36 Prozent aller SchülerInnen (insgesamt wurden 126 SchülerInnen) befragt, äußerten, daß der demokratische Sozialismus für sie eine anstrengenswerte Gesellschaftsordnung ist. 24 Prozent antworteten mit "weiß nicht" und nur 40 Prozent lehnten den demokratischen Sozialismus ab. Dieses Ergebnis kam zustande, obwohl unsere Schule eher als rechts und konservativ gilt und trotz stalinistischer Diktatur und Mißwirtschaft, dem ständigen Geschwätz vom "Scheitern" des Sozialismus und dem allgemeinen Antikommunismus in Schule und Ge-

sellschaft.

Auch die Demonstration und die Trauerkundgebung zum 75. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 8. Januar in Berlin, an der ca. 100 000 Menschen teilnahmen, zeigen, daß sozialistische Ideen und die Menschen, die dafür gekämpft haben, nicht vergessen sind.

Viele bemerken im Geschichtsunterricht, wie sehr sich das stalinische Rußland und Honeckers DDR vom Sozialismus Marxens und Lenins unterschied. Allerdings ist für viele der Sozialismus nur eine schöne Idee, obwohl er die einzige Alternative zu Krieg, Hunger und Elend, Umweltzerstörung und Wirtschaftskrisen ist. Wenn alle für den Sozialismus kämpfen und sozialistische Gruppen wie VORAN unterstützen würden, wären wir dem Ziel einer besseren Gesellschaft schon erheblich näher.

Pedro, Lübeck

VORAN-Treffen:

Aachen:

7. 2.: Stadtteilgruppe Aachen-Mitte: "Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus", 19 Uhr, Falken-Zentrum, Mörgestr. 21-23
Infos über: 0241/508685

Stuttgart:

22. 2.: Stadtteilgruppe Süd-West: "Kampf der Frauenunterdrückung", 19.30 Uhr, Jugendhaus Heslach, Böblinger Str. 92
8. 3.: Treffen zum Internationalen Frauentag: "Unser Frauen-Programm: Was muß sich ändern in Schule, Ausbildung, Beruf, Staat und Gesellschaft?"
19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohestr. 9
Infos über: 0711/2238214

In eigener Sache

In den "Informationen des Bundesinnenministeriums" vom Dezember 93 wird unter der Überschrift "Auch Troztkisten betreiben Antifaschismus-Kampagne" etwas über VORAN und JRE geschrieben. JRE sei eine "troztkistisch gesteuerte Tarnorganisation" von VORAN. Kronzeuge dafür ist die maoistisch-stalinistische MLPD, auf deren Aussage, bei JRE hätten "nur die VORAN-Jusos das Sagen", sich der Innenminister stützt. VORAN selbst sei wiederum "Ableger" eines internationalen troztkistischen Dachverbandes, der "verdeckt in demokratischen Organisationen (wirkt)". Man könnte noch eine Reihe Zitate anführen, die alle auf Verschwörung, Tarnung, Unterwanderung und sonstige geheimdienstliche Methoden hinauslaufen.

Diese Herren schließen von ihren eigenen Methoden auf die anderer. Die Verantwortlichen für Bad Kleinen kennen sich im Täuschen aus, die Verantwortlichen für das Celler Loch wissen, wie man anderen Attentate in die Schuhe schiebt. Ebenso wie die Polizei-Spitzel, die man den Bischofferöder Kali-Kumpeln in ihre Demos schickte, um dort Krawalle anzuzetteln.

Dies sind nicht die Methoden von MarxistInnen und der Arbeiterbewegung. "Nur die Massen könnten letztlich das kapitalistische System abschaffen und durch ein sozialistisches ersetzen", zitiert der Bericht korrekt unsere politische Position. Wenn wir nicht überall, wo wir kämpfen – bei den Jungsozialisten, in der SPD, in den Gewerkschaften, bei JRE, auf der Straße – offen für sozialistische Politik eintreten würden, könnten wir niemanden davon überzeugen.

Ja, wir haben die Initiative zur Gründung von JRE ergriffen, aber nicht verdeckt, sondern ganz offen. Seitdem hat sich JRE zu einer eigenständigen, unabhängigen antirassistischen und linken Jugendorganisation entwickelt. JRE ist demokratisch von unten nach oben aufgebaut, VORAN-Unterstützer haben dort genauso eine Meinung und eine Stimme wie jedes andere Mitglied.

Ja, wir arbeiten mit Sozialisten in anderen Ländern zusammen, denn den Sozialismus kann man nur international erkämpfen. Im Gegensatz zu den Herren in den Konzern- und Regierungsetagen, arbeiten wir für und nicht gegen die Interessen der arbeitenden Menschen zusammen.

Kampffonds

"Mit 5 Mark sind Sie dabei!" Woche für Woche spielen Millionen Bürger Lotto – in der Hoffnung, mit dem großen Los den Finanzsorgen des Alltags einmal zu entkommen. Die wirklichen Gewinner sind aber nur die Vorstandschefer der Lottogesellschaften. Sie sahnen die Millionen ab – und zwar regelmäßig, in Form eines Jahresgehalts von 250 000 Millionen DM plus Dienstwagen und -reisen rund um die Welt, so wie es bei der Hessischen Landeslotterie gang und gebe ist.

Wir meinen, die 5 Mark sind bei VORAN besser investiert! Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Mehrheit der Bevölkerung Arbeit, eine anständige Wohnung und eine gute Ausbildung hat. Das geht nur, wenn die wirtschaftliche Macht in den Händen der Mehrheit ist –

und das heißt, Verstaatlichung der Großbetriebe, Versicherungen und Banken. Auch die Lottogesellschaften gehören dazu!

Einige UnterstützerInnen haben im Rahmen unseres Weihnachtsappells große Beträge in VORAN investiert, so eine ötv-Betriebsrätin aus Aachen und ein ötv-Betriebsrat aus Berlin, die jeweils 200 DM gespendet haben. Auch der Vater eines Unterstützers aus Kassel hat es sich nicht nehmen lassen, dieselbe Summe zu spenden. Insgesamt sind auf dieser Weise 1080 DM zusammengekommen. Vielen Dank an alle SpenderInnen!

Leider hat es nicht ausgereicht, unser Quartalsziel zu erreichen. Mit 11 820,72 DM haben wir nur 44 Prozent geschafft.

Im neuen Quartal gibt es gute Möglichkeiten, das Ziel von 20 000 DM zu erreichen. Wir sind mitten in der Metall-Tarifrunde, die Schüler und Studenten protestieren bundesweit und am 8. März wollen Frauen massenweise auf die Straße gehen. Mit den Unterschriftenlisten kommen wir mit den jeweils Betroffenen ins Gespräch. Denkt daran, die Zeitung, Trillerpfeifen und Buttons gegen eine kräftige Spende anzubieten! UnterstützerInnen in Aachen und Stuttgart machen es uns vor: bei einem Infostand in der Aachener Innenstadt wurden 40 DM beim Unterschriftensammeln gespendet und bei einer Studentendemo in Stuttgart wurden 180 Pfeifen für 650 DM verkauft! Macht's ihnen erstmal nach!!

F. Garvie, Redaktion

4. Quartal 1993		Erreicht: 6.381 DM		Ziel: 27.000 DM	
Bundesland	Erreicht	% des Ziels erreicht		Ziel	
Schleswig-Holstein	0	0%			500
Bremen	218	22%			1000
Mecklenburg-Vorpommern	37	3%			1200
Niedersachsen	17	11%			700
Berlin	930	30%			3100
Nordrhein-Westfalen	5658	77%			7350
Hessen	2371	37%			6400
Baden-Württemberg	2030	42%			4800
Sonstiges	558			159%	350
Gesamt	11818	47%			25.400

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Infos über eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir melden uns und sagen Dir wo es in Deiner Nähe eine VORAN Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte ausschneiden und einsenden an → VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

VORAN-Infotelefon: 0221 / 13 45 05 oder 13 46 04

Ich möchte ...



- VORAN abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich noch __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)
- ein VORAN-Schnupperabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung



Guerilla-Aufstand in Mexikos ärmster Provinz Chiapas

Die Ruhe der mexikanischen Regierung, die sich durch das NAFTA-Freihandelsabkommen schon in den Kreis der Wohlstandsnationen aufgenommen sah, wurde durch den Aufstand der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) jäh gestört.

Trotz des brutalen Vorgehens der mexikanischen Armee, den Hinrichtungen und der Folter, trotz der Bombardierung von Siedlungen und bis zu 400 Toten, geht der Aufstand in Mexikos Südprowinz Chiapas vorerst weiter. Zu Beginn stellten die Medien die Kämpfe als Verzweiflungsaktionen von Indios dar, verständlich zwar, aber der Spuk würde bald vorüber sein.

Doch die EZLN hat ihren Kampf über Jahre vorbereitet. Die Kämpfer sind zu meist Indios aus Chiapas. Aber sie führen einen bewußten politischen Kampf. "Dies könnte ein Krieg von 25 oder 30 Jahren werden" erklärten Sprecher der EZLN. "Wir meinen, daß wir den Sozialismus aufbauen müssen. Wie in Kuba, aber besser."



Die Solidarität mit den Aufständischen ist groß: In Mexiko-City demonstrieren 100 000 Menschen und forderten ein "Ende des Massakers".

Es hieß, der Sozialismus sei tot, in Lateinamerika wäre die Zeit des Klassenkampfes vorbei. Doch jetzt zittern die Herrschenden auf dem ganzen Kontinent vor dem Funken, der von Chiapas auf Mexiko und andere Länder überspringen könnte.

Chiapas hatte schon nicht viel von den Reformen der mexikanischen Revolution. 1992 wurden auch die formalen Rechte aus der Landreform von 1917 abgeschafft. Bis dahin war Land bis zu einer bestimmten Größe automatisch staatlich und konnte nur an Gemeinden oder Genossenschaften verteilt werden. Seitdem können Ländereien in beliebiger Größe auch an Agrarkapitalisten verkauft werden. Dies taten viele Bauern wegen ihrer Verschuldung – die Zahl der Landlosen stieg massiv an.

Die Situation der mexikanischen Bauern ist heute nicht viel besser als damals. Aber mit der großen Arbeiterklasse Mexikos haben sie heute stärkere Verbündete.

Das Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Dieses erlaubt auch US-Konzernen, Grundbesitz zu erwerben. Nun fürchten die letzten Kleinbauern um ihr Land. Außerdem droht die Konkurrenz der hochproduktiven Agrarfabriken aus dem Mittelwesten der USA.

Feudale Verhältnisse

70 Prozent der 3,2 Millionen Einwohner verdienen nicht einmal den Mindestlohn von 3 Dollar am Tag. Wenn die Großgrundbesitzer Land haben wollen, holen sie es sich einfach von den Bauern. Sie setzen dafür bezahlte Killer oder auch Polizei und Armee ein. Schon vor dem Aufstand patrouillierten Polizeieinheiten als Herren durch Städte der Provinz. Die Besetzung von Ländereien durch landlose Bauern 1991 wurde durch das Militär zerschlagen. Die Dörfer dieser Bauern wurden zerstört, die Bewohner in die Wälder vertrieben.

43 Prozent der Häuser haben weder Wasser noch Kanalisation, 35 Prozent der Bevölkerung bekommen keine Elektrizität. Fast die Hälfte der Erwachsenen kann nicht lesen oder schreiben.

Die Besetzung von Ländereien durch landlose Bauern 1991 wurde durch das Militär zerschlagen. Die Dörfer dieser Bauern wurden zerstört, die Bewohner in die Wälder vertrieben.

43 Prozent der Häuser haben weder Wasser noch Kanalisation, 35 Prozent der Bevölkerung bekommen keine Elektrizität. Fast die Hälfte der Erwachsenen kann nicht lesen oder schreiben.

Die Besetzung von Ländereien durch landlose Bauern 1991 wurde durch das Militär zerschlagen. Die Dörfer dieser Bauern wurden zerstört, die Bewohner in die Wälder vertrieben.

43 Prozent der Häuser haben weder Wasser noch Kanalisation, 35 Prozent der Bevölkerung bekommen keine Elektrizität. Fast die Hälfte der Erwachsenen kann nicht lesen oder schreiben.

Die Besetzung von Ländereien durch landlose Bauern 1991 wurde durch das Militär zerschlagen. Die Dörfer dieser Bauern wurden zerstört, die Bewohner in die Wälder vertrieben.

Das Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Dieses erlaubt auch US-Konzernen, Grundbesitz zu erwerben. Nun fürchten die letzten Kleinbauern um ihr Land. Außerdem droht die Konkurrenz der hochproduktiven Agrarfabriken aus dem Mittelwesten der USA.

Solidarität

Die Einwohner von Chiapas sind die Ärmsten in Mexiko. Dazu kommt die Unterdrückung der indianischen Kultur durch die rassistische Regierung und die Großgrundbesitzer. Doch sie sind nicht die einzigen, die in Mexiko kämpfen werden. 40 Millionen der 82 Millionen Mexikaner sind arm. Die liberale Wirtschaftspolitik des Präsidenten Salinas hat die sozialen Widersprüche verschärft.

Das ist der Grund für die große Solidarität, die die Aufständischen im ganzen Land bekommen haben. Die Mehrheit unterstützt laut Umfragen die Forderung der Zapatistas. Auf der größten Demonstration seit Jahren beschimpften 100 000 Menschen in der Hauptstadt den Präsidenten als "Mörder".

Der revolutionäre Kampf in Lateinamerika steht wieder auf der Tagesordnung, die Zapatisten haben die Herrschenden aufgeschreckt. ArbeiterInnen in der ganzen Welt sollten gegen das Vorgehen der Armee protestieren.

Aber in der heutigen Zeit wird ein Guerilla-Krieg nicht zum Sieg führen. Die mexikanische Arbeiterklasse hat potentiell eine enorme Macht. Der Kampf um die Zukunft der Gesellschaft wird in den Städten entschieden. Das Ziel der Zapatistas, "Land, Arbeit, Wohnraum, Gesundheit, Demokratie, Gerechtigkeit" durch den Sozialismus zu erkämpfen, kann auch unter den Bauern der anderen Regionen und vor allem der städtischen Arbeiterklasse und Jugend starke Unterstützung bekommen. Die Guerilla sollte an die Arbeiter appellieren, diesen Kampf mit ihren Methoden der Massenaktion zu unterstützen.

Das Ziel der Zapatistas, "Land, Arbeit, Wohnraum, Gesundheit, Demokratie, Gerechtigkeit" durch den Sozialismus zu erkämpfen, kann auch unter den Bauern der anderen Regionen und vor allem der städtischen Arbeiterklasse und Jugend starke Unterstützung bekommen. Die Guerilla sollte an die Arbeiter appellieren, diesen Kampf mit ihren Methoden der Massenaktion zu unterstützen.

Das Ziel der Zapatistas, "Land, Arbeit, Wohnraum, Gesundheit, Demokratie, Gerechtigkeit" durch den Sozialismus zu erkämpfen, kann auch unter den Bauern der anderen Regionen und vor allem der städtischen Arbeiterklasse und Jugend starke Unterstützung bekommen. Die Guerilla sollte an die Arbeiter appellieren, diesen Kampf mit ihren Methoden der Massenaktion zu unterstützen.

Das Ziel der Zapatistas, "Land, Arbeit, Wohnraum, Gesundheit, Demokratie, Gerechtigkeit" durch den Sozialismus zu erkämpfen, kann auch unter den Bauern der anderen Regionen und vor allem der städtischen Arbeiterklasse und Jugend starke Unterstützung bekommen. Die Guerilla sollte an die Arbeiter appellieren, diesen Kampf mit ihren Methoden der Massenaktion zu unterstützen.

Das Ziel der Zapatistas, "Land, Arbeit, Wohnraum, Gesundheit, Demokratie, Gerechtigkeit" durch den Sozialismus zu erkämpfen, kann auch unter den Bauern der anderen Regionen und vor allem der städtischen Arbeiterklasse und Jugend starke Unterstützung bekommen. Die Guerilla sollte an die Arbeiter appellieren, diesen Kampf mit ihren Methoden der Massenaktion zu unterstützen.

Die Mexikanische Revolution

"In Ocosingo, in San Christobal, in Altamirano und in so vielen Orten kannst du alle die Indios und Bauern, die ihre Kinder taufen lassen, fragen: Wie soll das Kind heißen? und sie antworten alle mit erhobenem Kopf: Emiliano."

Emiliano Zapata, ein armer Kleinbauer, war der Führer der aufständischen Bauern im Süden Mexikos. 1910 erhoben sie sich mit der Parole "Land und Freiheit". Bis 1917 dauerte der Bürgerkrieg, in dem die revolutionären Armeen gegen die Regierung des Diktators Porfirio Diaz kämpften. Sie kämpften dagegen, als halbverhungerte Sklaven der Großgrundbesitzer und der US-Konzerne ihr Leben zu fristen. In von der revolutionären Armee befreiten Gebieten wurden die Reichen enteignet, das Land verteilt, Schulen und demokratische Regierungen eingerichtet und einige Fabriken verstaatlicht. 1917 mußte die Regierung unter dem Druck der Aufständischen Zugeständnisse machen. Acht-Stunden-Tag und gewerkschaftliche Rechte, eine Bodenreform, die Trennung von Staat und Kirche, das Wahlrecht und öffentliches Gesundheits- und Erziehungs-wesen wurden in der Verfassung festgeschrieben.

Doch dies war nur eine halbe Revolution. Denn das eng mit den Großgrundbesitzern verflochtene Kapital blieb an der Macht. Viele der erkämpften Rechte existierten nur auf dem Papier oder wurden immer angegriffen. Die Unterdrückung ging weiter. Der Revolutionsführer Zapata wurde 1919 ermordet, dem Anführer im Norden, Pancho Villa 1923 ebenso.

Die Situation der mexikanischen Bauern ist heute nicht viel besser als damals. Aber mit der großen Arbeiterklasse Mexikos haben sie heute stärkere Verbündete.

VIVA LA REVOLUCION



Palästina: "Wir kämpfen für Demokratie, egal wer regiert"

Verhandlungen stocken – Palästinenser fordern die volle Selbstbestimmung

Vor vier Monaten wurde das Gaza-Jericho-Abkommen zwischen der PLO und Israel unterzeichnet. Die bürgerliche Presse feierte dies als "das Ende eines hundertjährigen Kampfes". Doch von der anfänglichen Euphorie ist nicht viel übriggeblieben.

Für die Bevölkerung Palästinas hat sich nichts geändert. Weiterhin verfolgt die israelische Armee Aktivisten der Intifada, des Aufstandes. Immer noch erschießt die Armee Menschen in den palästinensischen Flüchtlingslagern. Seit der Unterzeichnung des Abkommens sind über 40 Palästinenser und 15 Israelis getötet worden.

Arafat hat die Gliederungen der PLO angewiesen, den Kampf zu beenden. Doch wegen der fortgesetzten Unterdrückung durch die israelische Armee stoßen diese Anweisungen auf taube Ohren. In Gaza und Ramallah haben Akti-

visten der Fatah, Arafats eigener Fraktion in der PLO, Flugblätter verteilt, auf denen zu einer Steigerung des Kampfes aufgerufen wurde. Bis jetzt haben die Palästinenser nicht mehr als leere Versprechungen von der israelischen Regierung erhalten. Von den 10 000 politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen sind seit dem Abkommen erst einige hundert freigekommen.

Die PLO und die Demokratie

Arafat kommt immer stärker unter Druck. Vor allem die palästinensischen Jugendlichen, die Aktivisten der Intifada, in Gaza und der Westbank sehen seinen Deal mit Rabin als Verrat an den Interessen der Palästinenser. Arafats diktatorische Methoden haben zu Konflikten innerhalb der Fatah geführt. Viele führende Mitglieder aus den besetzten

Gebieten sind in den letzten Wochen aus Protest gegen die diktatorischen Methoden Arafats ausgetreten. Haider Abdel-Shafi, die die ursprünglichen Verhandlungen mit Israel anführte, präsentierte Arafat eine Petition, die von 115 bekannten Palästinensern unterstützt wird. Darin wird gefordert, daß die PLO demokratisiert und Ämter nicht mehr wegen persönlicher Loyalität, sondern aufgrund von Qualifizierung vergeben werden.

Protest erregte beispielweise auch Arafats selbsternennung zum Chef der zukünftigen Behörde zur Verwaltung der Hilfsgelder. Unter Druck geraten ernannte er eine Kontrollkommission, deren Mitglieder allerdings geheim bleiben...

Selbstbestimmung?

Es ist möglich, daß sich Israel und die PLO einigen und die PLO einen

Teil der besetzten Gebiete kontrollieren darf. Allerdings würde sich die PLO-Führung dabei zum Erfüllungsgehilfen Israels machen. Die Aufgaben der "PLO-Regierung" macht ein ehemaliger Beamter des israelischen Geheimdienstes MOSSAD deutlich: "Wenn es eine brutale Diktatur gibt, die alles in allem für Ruhe sorgt, werden wir dies als Erfolg ansehen."

Wirkliche Selbstbestimmung wird nicht dabei herauskommen. Die israelische Besatzungsmacht behält sich weitgehende Rechte vor. Vor allem die sozialen Probleme werden nicht gelöst: das "autonome" Palästinensergebiet wird eine unterentwickelte Region bleiben, mit einem Reservoir billiger Arbeitskräfte für Israel.

Auch die Hilfsgelder aus dem Westen haben Haken: Sie werden oft vergeben, wenn entsprechende westliche Firmen

die Aufträge erhalten – unabhängig vom realen Nutzen der geförderten Projekte.

Viele Palästinenser haben immer noch Hoffnungen, daß das Abkommen ihre Situation verbessern könne aber viele, vor allem Jugendliche, werden zunehmend skeptischer. Die Jugendlichen in den Flüchtlingslagern, die täglich die Unterdrückung durch die israelische Armee erleben, haben zurecht kein Vertrauen in die gutbetuchten Geschäftsleute der Exil-Führung der PLO, die in Tunesien in Saus und Braus leben. Das Selbstbewußtsein der Palästinenser ist in den letzten Wochen stark gestiegen, auch gegenüber der PLO. Ein Jugendlicher formuliert es so: "Arafat kann sich dem Willen der Massen nicht widersetzen, wir werden für Demokratie kämpfen, egal wer regiert."

Daniel Behruzi, Jungsozialist Aachen



Frankreich: Millionen-Demo

Eigentlich als Höhepunkt des Protestes gegen höhere Zuschüsse an überwiegend katholische Privatschulen geplant, wurde eine Demo am 16. Januar zu einem gewaltigen Protest gegen die konservative Regierung Balladur. Zum ersten Mal seit langer Zeit riefen alle linken Parteien und kommunistische wie sozialistische Gewerkschaften gemeinsam auf, und über 1 Million Menschen kamen. Balladur, erst seit einem dreiviertel Jahr im Amt und laut Medien angeblich äußerst beliebt in der Bevölkerung, mußte eine Schlappe einstecken und im Bildungskampf einen Rückzieher machen.

Spanien: Generalstreik

Gegen massive Eingriffe der angeblich "sozialistischen" Regierung Felipe Gonzales in gewerkschaftliche und tarifliche Rechte gab es am 27. Januar einen gut befolgten Generalstreik in Spanien. Die sozialistische UGT und kommunistische Gewerkschaft "Arbeiterkommissionen" und hatten zuvor die Sozialpakt-Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmern abgebrochen, die allein auf Kosten der Arbeiter gehen sollten, zum Beispiel durch einen dreijährigen Lohnstopp im öffentlichen Dienst. Es war der erste Generalstreik seit dem Dezember 1988.

Portugal: Streik im öffentlichen Dienst

Ein 24stündiger Generalstreik im öffentlichen Dienst wurde am 25. Januar in Portugal zu 90 Prozent befolgt und legte das öffentliche Leben lahm. Er wandte sich gegen das Lohndiktat der Regierung von +2 Prozent, obwohl die Inflationsrate 6 Prozent beträgt. Der Tarifverhandlungen im Privatsektor sind ebenfalls gescheitert. Jetzt drohen die Industriegewerkschaften mit einem gemeinsamen Streik im öffentlichen wie privaten Sektor.

Aufstände in Argentinien

Während der Masse der Beamten ihr gesetzlicher Mindestlohn seit Monaten nicht mehr ausbezahlt wurde, brauchten die hohen Herren Richter und Abgeordnete natürlich nicht auf ihr Gehalt verzichten. In verschiedenen Provinzen hatte die Geduld der KollegInnen ein Ende: Sie plünderten die Villen lokaler Politiker, legten Feuer an Regierungsgebäude und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Der ging sogar die Munition aus!

Atomverseuchung international

Atomverseuchung = Tschernobyl! Auch wenn Kiew nach westlichen Grenzwerten für atomare Strahlenbelastung bereits evakuiert werden müßte, ist Verseuchung nicht auf die ehemaligen stalinistischen Länder beschränkt. In den USA wurden mindestens 18 Menschen zu Versuchszwecken ohne ihr Wissen Plutonium injiziert. An bis zu 200 000 amerikanischen Soldaten wurden die Strahlenwirkung in der Nähe explodierender Atombomben getestet. Britische Militärs begnügte sich mit 40-50 000 Soldaten. Die französischen Atomversuche auf dem Mururoa-Atoll führten zur Verseuchung der Bevölkerung auf Inseln in der Nähe.



Kämpfende ArbeiterInnen waren in Japan bisher die Ausnahme. Doch der Ton wird schärfer. Die Arbeitgeber fordern Nullrunden, Angestellte im Gesundheitswesen fordern höhere Löhne.

Krise in Japan

Die Wirtschaft des Wunderlandes ist angeschlagen

In der Debatte um den "Standort Deutschland" stellen Regierung und Unternehmer Japan als großes Vorbild und gefährlichen Konkurrenten dar. Im Gegensatz zu den im "kollektiven Freizeitpark" faulenzenden deutschen Arbeitern wären "die Japaner" mit wenig Urlaub und längeren Arbeitszeiten zufrieden. Die hohe Produktivität der japanischen Industrie, vor allem bei der Autoproduktion und der Unterhaltungselektronik, sei der Schlüssel für anhaltendes Wirtschaftswachstum und Stabilität. Doch auch die japanischen Kapitalisten kochen nur mit Wasser – und das ist inzwischen bestenfalls lauwarm.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute mußten ihre Vorhersagen korrigieren: Japan wird 1994 nicht aus seiner Wirtschaftskrise herauskommen. Die Spitzenkonzerne wie Toyota werden weiterhin Verluste machen. Der private Verbrauch sinkt weiter, die Lagerbestände werden nicht abgebaut. Massenentlassungen in der Autoindustrie drohen. Die Wirtschaft ist 1993 um 0,5 Prozent geschrumpft. Auch dieses Jahr werden höchstens 0,5 Prozent erwartet.

Noch nichts davon in den Medien gehört? Kein Wunder, können doch diese Nachrichten nicht von Regierung und Unternehmern dazu genutzt werden, um für niedrige Löhne und längere Arbeitszeiten zu werben.

Staatskapitalismus

Der Aufstieg Japans zur Wirtschaftsgrößmacht nach dem II. Weltkrieg hatte mehrere Ursachen: Die USA begünstigten nach dem Krieg ihren damals noch kleinen und scheinbar ungefährlichen Konkurrenten. Sie hatten Angst, daß nach dem Sieg der chinesischen Revolution 1949 ganz Ostasien für den Kapitalismus verloren gehen würde.

Der japanische Kapitalismus zeichnete sich von Anfang an durch eine enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft aus. Das ermöglichte eine weitgehende staatliche Wirtschaftsplanung. Die Firmen exportierten jahrelang mit Verlusten und verließen sich darauf, daß sie schließlich so viel verkaufen werden, daß sie wieder Gewinne machen, weil bei steigender Produktion die Stückkosten sinken.

Der Erfolg des japanischen Kapitalismus war nur möglich, weil er die Gesetze des Kapitalismus ein bißchen außer Kraft setzen konnte. Das japanische "Wirtschaftswunder" ist ein kleiner Vor-

geschmack darauf, was in einer sozialistischen Gesellschaft ohne die Fesseln des Profitprinzips und mit demokratischer Wirtschaftsplanung möglich sein wird.

Seifenblasen-Ökonomie

Im Kapitalismus konnte das nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Das Prinzip, daß ein "ohne Rücksicht auf Verluste" gesteigerter Absatz schließlich zu Gewinnen führt, konnte nur funktionieren, solange die Weltwirtschaft boomte. 1950-73 wuchs die japanische Wirtschaft um 9,3 Prozent jährlich, 1973-87 nur noch um 3,7 Prozent. Das war jedoch immer noch mehr als in der BRD oder den USA.

1986/87 gab es einen wirtschaftlichen Abschwung in Japan. Darauf beschloß die japanische Regierung ein Konjunkturprogramm, das einen kurzen aber heftigen Wirtschaftsboom auslöste. Dieser Boom wurde von den Kapitalisten weltweit gefeiert. Inzwischen wurde diese Epoche zur Seifenblasen-Ökonomie erklärt – nachdem die Seifenblase geplatzt ist.

Das Konjunkturprogramm von 1987 führte zu einem gigantischen Anstieg der

Das konnte auf Dauer nicht funktionieren. Heute sind die Grundstückspreise wieder etwa so hoch wie 1987, die Aktienkurse haben sich mehr als halbiert.

Harte Wirklichkeit

Das Dahinschmelzen der fiktiven Profite führte für viele Konzerne und Banken zu einem bösen Erwachen. 1983 machte Toyota noch pro hundert Mark Umsatz 7 Mark Gewinn, letztes Jahr waren es noch 23 Pfennige. Auf dem Höhepunkt des Booms gehörten sieben japanische Banken zu den zehn größten Banken der Welt. Umsätze machen die japanischen Banken immer noch, aber bei der Weltrangliste der profitabelsten Banken kommt die erste japanische auf Rang 107. Die Konkurswelle erreichte letzten Herbst einen Höhepunkt, als die Baufirma Muramoto Construction mit 9,2 Milliarden Mark Schulden in die Pleite ging. Wenn die japanischen Banken nicht so fest miteinander, mit der Industrie und dem Staat verfilzt wären, wären Bankenpleiten unvermeidlich.

Auszuschließen sind sie trotzdem nicht. Den Kapitalisten wird ihr Filz immer lästiger. Sie sind immer weniger bereit, andere Unternehmen mitzuschleppen, die nur noch ein Klotz am Bein sind. 10 000 Stellen wollen die Banken in den nächsten drei Jahren abbauen.

Grenzen des Marktes

Ernsthafte Strategien des Kapitals verweisen, wenn es um die Japan geht, nicht nur auf die "Bescheidenheit" der japanischen ArbeiterInnen, sondern auch auf andere Besonderheiten von Nippons Kapitalismus. Die Forschungsausgaben sind viel höher als in Deutschland, durch Produktionsmethoden wie die "lean production" (schlanke Produktion) und Gruppenarbeit ist die Produktivität hoch. Diese intensive Form der Nutzung von Arbeitskraft müsse daher auch hier eingeführt werden, Mängel im Management und im Forschungsbereich behoben werden.

Doch hohe Produktivität schützt vor Krisen nicht. Die japanischen Konzerne sind vom Schrumpfen des Weltmarktes stark betroffen. Werden keine Autos, Computer oder CD-Player mehr verkauft, nützt auch die intensive Ausbeutung nichts. Japanische Banken sagen für die Autoindustrie des Landes jährliche Überkapazitäten von 1,5 Millionen Fahrzeugen bis zum Jahr 2000 voraus. Die Auslastung der Industrie ist auf 79,4 Pro-

zent vom Stand 1990 gesunken.

Ende der LDP-Herrschaft

Die Krise machte der jahrzehntelangen Herrschaft der konservativen Liberaldemokraten (LDP) ein Ende, bei deren Korruption selbst italienische Christdemokraten vor Neid erblassen müssen. Bei den Parlamentswahlen verlor die LDP die absolute Mehrheit und konnte auch nicht mehr die fehlenden Abgeordneten kaufen. Gewinner waren von der LDP abgespaltene Reformer, die eine Koalition mit den Sozialdemokraten (SDP) und einigen Kleinparteien bildeten. Daß dieser gewaltige politische Umschwung vorerst nur den direkten Vertretern der Großkonzern zugute kam, ist die Verantwortung der Sozialdemokraten.

Die Empörung der japanischen Bevölkerung über die Korruption der LDP führte vor einigen Jahren zu einem Zulauf zu den Sozialdemokraten, die damals noch Sozialistische Partei hießen. Die SDP war relativ links. Doch inzwischen wird sie von bürgerlichen Karrieristen geführt, die ganz heiß darauf waren, mit abtrünnigen LDP-Gangstern zusammen zu regieren. Dieser Opportunismus kostete die SDP fast die Hälfte ihrer Mandate. Die SDP wurde von den Wählern weniger als eine Partei grundlegender Veränderungen angesehen als die rechtzeitig abgesprungenen LDP-Leute.

Bei den Kommunalwahlen in Tokio ebenfalls im letzten Sommer verlor die SDP fast die Hälfte der Stimmen und schnitt schlechter ab als die Kommunistische Partei. Die Wut der SDP-Basis über die rechte Politik der Führung vor und nach den Wahlen ist so groß, daß eine Parteispaltung möglich ist.

Lage der ArbeiterInnen

Die ArbeiterInnen sind ein noch beliebteres Motiv für Sagen und Legenden als die japanischen Kapitalisten. Immer wieder werden uns die niedrigeren Produktionskosten in Japan vorgebetet.

Einer der Gründe dafür ist die konsequente Aufteilung der Wirtschaft in Großunternehmen und Zulieferer. Die Unternehmen produzieren billig, weil sie einen erheblichen Teil der Kosten auf die Zulieferer abwälzen. Die haben entsprechend schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen. Die etwa 33 000 (!) Gewerkschaften machen nicht viel dagegen. Meist hat jeder größere Betrieb seine eigene Gewerkschaft, die vor allem auf das "Firmeninteresse" schaut. Der Organisationsgrad ist nur in den Großbetrieben hoch (60 Prozent), in Kleinbetrieben (unter 100 Beschäftigte) sind nur 2 Prozent in einer Gewerkschaft. Die Angehörigen der Kernbelegschaft, die "lebenslänglich" eingestellten Vollzeitbeschäftigten, machen nur 30 Prozent der Lohnabhängigen aus. Die mehrheitlich weiblichen Teilzeit- und LeiharbeiterInnen und befristete Beschäftigten sowie die Beschäftigten der Zulieferbetriebe haben sehr schlechte Arbeitsbedingungen.

Aber auch "lebenslänglich" Eingestellte verlieren kurz vor dem Ruhestand ihren Job. Inzwischen werden die "Privilegien" der Kernbelegschaften ausgehöhlt. Das Regelung, wonach die Gehälter automatisch mit dem Alter steigen und die Arbeitssicherheit bis 55 Jahre stehen unter Beschuß. Die Arbeitslosigkeit ist auf 2,8 Prozent gestiegen (1,76 Mill.), für die nächsten drei Jahre erwarten Experten eine Verdoppelung. Nach Umfragen hatten letztes Jahr 43 Prozent der Beschäftigten ein niedrigeres Gehalt als davor.

Die Spaltung zwischen Kern- und Randbelegschaft und die "Sozialpartnerschaft" zwischen Unternehmen und Kernbelegschaft war die Voraussetzung dafür, daß die Bosse gleichzeitig niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und motivierte und mitdenkende Beschäftigte hatten. Die Krise zwingt sie, den Ast abzusägen, auf dem sitzen.

Die japanische Arbeiterbewegung ist in vielen Punkten schwach und rückständig. Aber Menschen lernen aus Erfahrungen und in den nächsten Jahren heißt das: Weltweiter Niedergang des Kapitalismus. Vielleicht werden in den nächsten Jahren die japanischen ArbeiterInnen ebenso an uns vorbeipreschen wie in der Vergangenheit die japanischen Kapitalisten an ihren westlichen Konkurrenten.

Wolfram Klein,
VORAN-Gruppe Stuttgart



Grundstückspreise und Aktienkurse. Auf dem Papier stiegen die Vermögen. Dadurch gaukelten die Firmen sich, ihren Geschäftspartnern und Banken Gewinne vor, die gar nicht da waren.

Die verräterene Revolution

Die Sowjetunion war kein sozialistisches Land. Marxisten haben dieses System immer als eine stalinistische Diktatur oder, etwas wissenschaftlich-komplizierter ausgedrückt, als einen entarteten Arbeiterstaat bezeichnet. Wir haben allerdings immer die Oktoberrevolution 1917 verteidigt. Wie die Sowjetunion zu einer schrecklichen Karikatur auf den Sozialismus wurde, beschreibt der folgende Artikel von Michael Müller, Juso-Vorsitzender aus Bremerhaven.

Befreiung der Bauern und Bodenreform, Sturz der absolutistischen Zarenherrschaft und Eroberung demokratischer Freiheitsrechte, die industrielle Entwicklung und den Aufbau einer Infrastruktur – das waren eigentlich die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution. Doch die russische Kapitalisten-Klasse war "zu spät gekommen", war eng mit dem Großgrundbesitz und dem ausländischen Kapital verknüpft. Sie war historisch unfähig, diese Aufgaben anzupacken. So mußte ab 1918 die Sowjetdemokratie unter Führung der Bolschewiki in einem geschichtlichen Überholmanöver Jahrzehnte aufgestauter gesellschaftlicher Entwicklung erledigen. Die bürgerlich-demokratischen Aufgaben und der Aufbau eines sozialistischen Staates waren untrennbar miteinander verknüpft.

Gestützt auf das Bündnis des kleinen, aber politisch bewußten Industrieproletariats mit der armen Landbevölkerung wurde dieses Programm umgesetzt. Die Teilnahme am I. Weltkrieg wurde beendet, die Fabriken unter Arbeiterkontrolle gestellt. Banken und Verkehrswesen verstaatlicht, Grund und Boden aufgeteilt und die Unabhängigkeit der vom Zarenreich unterdrückten Nationen wiederhergestellt. Gigantische Aufgaben in einem Land auf dem Entwicklungsniveau heutiger sogenannter Dritte-Welt-Staaten.

Bürgerkrieg und Hungersnöte

Entmachtete Feudalherren und Kapitalistenklasse setzten auf Sabotage und den Bürgerkrieg mit Hilfe ausländischer Truppen und erschwerten die Lage dadurch zusätzlich.

An eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung, selbst an die bloße Vermeidung von Hungersnöten war nicht zu denken. Jede sozialistische Entwicklung fußt auf der Fähigkeit, alle lebensnotwendigen Güter im Überfluß herstellen zu können. In Rußland waren diese materiellen Voraussetzungen nicht erfüllt. Die Revolutionäre mußten auf die sozialistische Revolution in den industriell entwickelten Ländern setzen, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu erhalten und auszubauen.

Die revolutionäre Welle, die zunächst die deutsche, österreichische und ungarische Arbeiterklasse erfaßte und dann durch zahlreiche Länder rollte, war nicht stark genug, um den Kapitalismus zu stürzen. Die Sozialdemokratie zögerte nicht, sich auf die Seite der Konterrevolution zu schlagen und alles aufzubieten, um die Arbeiter durch Versprechungen, Täuschungen und militärische Unterdrückung vom Kampf um die Macht abzubringen. Für die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre erfüllte sich ihr Lebenstraum, am Tisch der Reichen geduldet zu werden und Regierungsverantwortung im bürgerlichen Staat zu übernehmen.

Die russische Revolution blieb isoliert. Die Kräfte wurden durch den Bürgerkrieg gegen die zaristischen Armeen und deren internationale Helfer verschlissen. Die neuen kommunistischen Parteien Europas machten schwere Fehler in entscheidenden Momenten.

Bürokratisierung

Die Kraft der russischen Revolution reichte aus, um den Zarismus endgültig niederzuzahlen. Aber ihre Erschöpfung und Isolation bedingte den Niedergang des ersten Arbeiterstaates der Geschichte. Landwirtschaftliche und industrielle Produktion befanden sich auf einem Tiefststand. Hungersnöte regierten das Land.

In dieser Lage versuchte die sowjetische Führung um Lenin und Trotzki mit einem wirtschaftlichen Rückzug die Sowjetunion bis zu einem erneuten Aufschwung der internationalen Revolution zu retten. Mit der "Neuen Ökonomischen Politik" wurde ab 1921 die private Nahrungsmittelproduktion, Handwerk und private Kleinindustrie gefördert.

Dadurch konnte zwar die Versorgungskrise bekämpft werden, doch als Folge entstand eine neuere kleinbürgerliche Schicht im Arbeiterstaat. Zur selben Zeit etablierte sich eine ungleich größere Schicht aus staatlichen Funktionären. Diese Schicht entstand in der größten Bedrängnis, um den herrschenden Mangel zu verwalten, Verteilungsgerechtigkeit zu gewährleisten, wo eigentlich

nichts zu verteilen war.

Das ausgepowerte Proletariat verlor nach und nach die direkte Kontrolle über die Machtausübung. Diese wurde immer mehr durch die Bürokratie wahrgenommen. Die politisch und technisch ge-



Josef Stalin war der Ausdruck der bürokratischen Entartung der Sowjetunion

schulten Arbeiter waren massenhaft auf den Schlachtfeldern verblutet. Bürgerliche Wissenmonopole verfestigten sich wieder. Die alten Fachkräfte und ihr politisch unbewußter Nachwuchs eigneten sich durch ihre Verwaltungsaufgaben soziale Privilegien an. Diese Schicht fand ihr Sprachrohr in Vertretern der bolschewistischen Partei, vor allem im Generalsekretär Stalin.

Die Linke Opposition

Ab 1923 formierte sich der Widerstand gegen bürokratische Tendenzen in der bolschewistischen Partei. Um Leo Trotz-

ki, einem der Führer des Oktoberaufstandes, entstand die Linke Opposition. Lenin selbst hatte zuvor – wegen schwerer Krankheit handlungsunfähig – die Sowjetunion als bürokratisch entarteten Arbeiterstaat bezeichnet.

Allerdings stellte die Opposition nur eine Minderheit in der Führung dar. Für den völligen Neuaufbau einer politischen Bewegung blieb keine Zeit, die Parasiten-Schicht war schon zu stark. Die Opposition wurde vom Stalinschen Apparat aus der Partei geworfen, ihre Aktivisten inhaftiert, ausgewiesen und später ermordet.

Die Bürokratie wurde zu einer verfestigten herrschenden Schicht in der Sowjetunion. Ihre Interessen waren denen der Arbeiterklasse entgegengesetzt. Zur Wahrung ihrer Privilegien vernichtete sie alle Ansätze der Arbeiterdemokratie, errichtete eine harte Diktatur.

Bremse der Entwicklung

Die sowjetische Arbeiterklasse bezahlte für den Sieg der Stalinisten mit jahrzehntelangen Entbehrungen. Der hastige industrielle Aufbau in den dreißiger Jahren war gekoppelt mit der Vernichtung des bäuerlichen Mittelstandes, weiteren Hungerkatastrophen, ständigen politischen Kurswechseln der Bürokratie und nachfolgenden "Säuberungen", um die Macht zu erhalten.

Trotz dieser Bürokratie wurde die Sowjetunion durch die Planwirtschaft enorm entwickelt. Innerhalb weniger Jahre wurde aus einem halbfeudalen Staat ein modernes Industrieland. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern besiegten die faschistische Invasion trotz Stalins "Strategenkünsten", nach dem Weltkrieg konnte sich das Regime einige Jahrzehnte halten. Doch der Stalinismus war nur eine Übergangsgesellschaft, die Bürokratie hatte keine Zukunft. Es blieb nur die Alternative zwischen einer politischen Revolution, mit der die Arbeiterklasse die politische Macht erkämpft oder der Wiederherstellung des Kapitalismus.

Die Bürokratie erwies sich als absolutes Hindernis für die technische und industrielle Entwicklung, spätestens als über die quantitative Erfüllung des Wirtschaftsplanes hinaus qualitative Sprünge in der Massenversorgung erforderlich waren. Dazu wäre eine demokratische Planung durch die ArbeiterInnen nötig gewesen.

tionalitätenkonflikte angeheizt. Die Sympathie Gorbatschows sank auf den Nullpunkt. Die Spaltung in der herrschenden Parasitenkaste wurde schärfer: Ein Flügel um die späteren Putschisten von 1991 wollte zurück zur guten alten Zeit und der Flügel um Jelzin, Chasbulatow und Ruzkoi suchte seine Rettung in der Flucht nach "vorne", zur schnellen Einführung der Marktwirtschaft. Mit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Arbeiterstaaten und dem Wirtschaftsaufschwung in Westeuropa im Rücken konnten sie, gestützt auf Illusionen der Arbeiterklasse in die Marktwirtschaft, die Oberhand gewinnen.

Doch die sozialen Auswirkungen, wachsende Verarmung, steigende Kriminalität und das Aufkommen von Krankheiten, wie Diphtherie, die man für ausgerottet hielt, haben die pro-kapitalistischen Kräfte in zwei Lager gespalten. Chasbulatow und Ruzkoi waren nicht gegen den Kapitalismus, sie wollten den Weg nur langsamer weitergehen. Zu diesem Zweck stützten sie sich zunehmend auf die nationalistischen und "kommunistischen", das heißt stalinistischen Kräfte. Für Jelzin und die westlichen Kapitalisten wurden diese Kräfte zu einem immer größeren Hemmnis. Gleichzeitig wuchs – und wächst – die Ablehnung der marktwirtschaftlichen Politik in der Bevölkerung.

Der Ausgang der Wahlen in Polen und

Litauen, wo die ex-"kommunistischen" Parteien die Mehrheit errangen, war ein Warnsignal für Jelzin und seine westlichen Freunde. Deshalb provozierte er im Oktober die Entscheidungsschlacht gegen seine politischen Gegner.

Die Rolle des Westen

Jelzin ging zwar politisch gestärkt aus der Schlacht ums Weiße Haus hervor, aber das Gewicht des Militärs in der russischen Politik hat stark zugenommen. Kontrolliert Jelzin die Armee oder die Armee Jelzin? Das größere Gewicht des Militärs fand unmittelbaren Ausdruck in der Außenpolitik. Jelzin lehnte mehrmals die Ausdehnung der Nato auf die osteuropäischen Länder ab und warnte den Westen vor diesem Schritt. Zunehmend beansprucht Rußland das Recht, militärisch in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu intervenieren. In den Kriegen in Georgien, Armenien und Tadschikistan mischt die russische Armee mit.

Wirtschaftliche Stabilität wird in Rußland nicht möglich sein. Um eine bedeutende Entwicklung einzuleiten, müßten die westlichen kapitalistischen Länder laut Weltbank 30-50 Milliarden Dollar jährlich bis zum Jahr 2000 investieren. 1992 waren es gerade mal 1,5-2 Milliarden. Hinzu kommt die Kapitalflucht. Russische Kapitalisten brachten 1992

mindestens 9 Milliarden Dollar auf westliche Konten. Dies zeigt, wie wenig Vertrauen die neuen Kapitalisten in die eigene wirtschaftliche Entwicklung haben.

Für den Westen ist Jelzin ihr Vertreter, um Privateigentum und Ausbeutungsmöglichkeiten der russischen Rohstoffe und einen politisch stabilen Absatzmarkt zu sichern. Sie hängen der präsidialen Diktatur ein demokratisches Mäntelchen um und "bekämpfen" Schirinowski, indem sie Jelzin als einzigen Demokraten hinstellen. Damit unterstützen sie die Politik, durch die Schirinowski überhaupt erst groß wurde.

Die Arbeiterbewegung

Die einzige Kraft, die Jelzin und Schirinowski aufhalten kann, ist die Arbeiterklasse. Beide dienen den Interessen der Kapitalisten, beide betreiben Nationalismus, beide sind undemokratisch und haben diktatorische Züge. Beide haben Angst vor der Arbeiterklasse.

42 Prozent der Bevölkerung sind inzwischen im nicht-staatlichen Bereich tätig, obwohl noch 70 Prozent der Betriebe staatlich sind. Viele sind Händler, Handwerker, Spekulanten und kleine Selbstständige. Sie machen 10-15 Prozent aus. In den Betrieben werden die Löhne stark differenziert und somit die Spaltung vorangetrieben. Aber auch die kapitalistische Klasse, hauptsächlich aus

ehemaligen Staatsbürokraten entstanden, ist schwach. Viele unter ihnen sind Betrüger und Gangster.

Die Bewegung der Bergarbeiter in der Ukraine im Herbst letzten Jahres hat Jelzin in Schrecken versetzt. Es gibt zwar noch keine Arbeiterpartei in Rußland, aber in der Grundstoffindustrie, wie Kohle, Öl, Gas, und Stahl ist die Arbeit-

Während auf der einen Seite die Massenverarmung zunimmt, werden einige wenige immer reicher. Inzwischen gibt es in Moskau 15 000 Dollarmillionäre.

terklasse intakt und bildet neue Gewerkschaften. Vor ihnen haben die Regierung und die neue herrschende Klasse am meisten Angst. Deshalb sind sie auch von größeren Angriffen verschont geblieben. Die Bergarbeiter in Workuta haben während der Wahlen gestreikt. Die selben Arbeiter, die erst Gorbatschow unterstützten, dann gegen Gorbatschow und für Jelzin streikten, haben keine Partei bei den Wahlen unterstützt, die irgendetwas mit dem System zu tun hat.

Große Teile der Arbeiterklasse sind durch die wirtschaftliche "Schocktherapie" gelähmt. Doch aufstandsähnliche Bewegungen gegen die unerträglichen Lebensbedingungen sind nicht auszu-

schließen. Wenn die Arbeiterklasse in Bewegung kommt, wird sie sich ihre Organisationen schaffen. So ist es bei den großen Bergarbeiterstreiks 1989 gewesen, während derer die neuen unabhängigen Gewerkschaften entstanden und Streik-Komitees ganze Städte kontrolliert. Jelzins neue kapitalistische Gangsterklasse will die Entstehung einer neuen

starken Arbeiterbewegung natürlich verhindern. Dabei würde er auch mit Schirinowski zusammenarbeiten und auch vor einer offenen Militärdiktatur nicht zurückschrecken. Diese steht jedoch nicht unmittelbar auf der Tagesordnung, denn die Massen haben noch Erinnerungen an den Stalinismus und sind entsprechend demokratisch sensibilisiert. Vor einigen Monaten mußte das Arbeitsministerium ein wegen der gewerkschaftlichen Kritik an der Regierung geplantes Streikverbot zurückziehen, weil die Gewerkschaften im Gegenzug mit Streiks gedroht hatten!

Die Lähmung der russischen Arbeiterklasse geht zurück. Sie wird sich massiv gegen große Angriffe durch die neuen Kapitalisten wehren und an ihren revolutionären Traditionen von 1917 anknüpfen.



Rußland

Zwischen Demokraten und Faschisten?

In den westlichen Medien werden die politischen Auseinandersetzungen in Rußland als Kampf zwischen dem aufrechten Demokraten und Reformier Jelzin und den bösen "Braunen" und "Roten" dargestellt. Die wirklichen Hintergründe beschreibt dieser Artikel von Frank Klobes.

Jelzin ist der große Verlierer der Parlamentswahlen. Schirinowskis Liberaldemokratische Partei bekam die meisten Stimmen (24 Prozent) und ist jetzt zweitstärkste Fraktion im Parlament. Die jelzin-nahe Partei "Rußlands-Wahl" erreichte knapp 15 Prozent der Stimmen

Schon in den Präsidentenwahlen 1991 hat er über 6 Millionen Stimmen bekommen. Er nutzt den wirtschaftlichen Zerfall, die Armut und die Kriminalität aus, um antisemitische und rassistische Hetze zu betreiben.

Sein Wahlerfolg ist eine Warnung an

schische Kapitalisten nie aus gesicherter Position Reichtum scheffeln können, sondern ewig Hausierer westlicher Exportfirmen bleiben.

Wie ist es dazu gekommen?

Sein Antisemitismus und großrussischer Chauvinismus konnten nur durch den absoluten Zerfall der Wirtschaft und des sozialen Gefüges gedeihen. 80 Prozent der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Der Reallohn beträgt nur noch ein Drittel von 1990. Kürzlich wurden die Mietsubventionen gestoppt, weshalb Mietsteigerungen um das Zehnfache zu erwarten sind. Derzeit liegt die offizielle Arbeitslosigkeit bei 1 Prozent. Doch sollten die Subventionen für die Industrie, wie angekündigt und vom Internationaler Währungsfonds gefordert, gestrichen werden, würde die Arbeitslosigkeit auf 20-30 Prozent hochschnellen. Bislang hat die Regierung das wegen des dann zu erwartenden Widerstands der Arbeiterklasse nicht gewagt.

Während auf der einen Seite die Massenverarmung zunimmt, werden einige wenige immer reicher. Inzwischen gibt es in Moskau 15 000 Dollarmillionäre. Dies ist der ideale Nährboden für faschistische und nationalistische Parteien. Und diesen Boden haben Jelzin und seine pro-kapitalistische Clique bereitet.

Jelzin ist unpopulär wie nie zuvor. 50 Prozent der Bevölkerung gingen erst gar nicht zur Wahl. Von den restlichen 50 Prozent haben knapp nur 60 Prozent für die neue Verfassung gestimmt. Lediglich ein Viertel befürwortete eine Verfassung, die Jelzin diktatorische Macht beschert. Eine Partei, die zur Wahl antreten wollte, mußte 100 000 Unterschriften aus sieben Regionen vorweisen. Teilweise wurden 200-1000 Rubel für eine Unterschrift gezahlt und Betriebsdirektoren erpreßten Unterschriften von ihren Belegschaften. Diese "präsidiale Diktatur" war lange

geplant. Im Oktober setzte Jelzin die alte Verfassung außer Kraft und löste das Parlament auf, um seine größten Gegner Chasbulatow und Ruzkoi auszuschalten. Noch 1991, als eine Handvoll Stalinisten das alte System per Putsch wieder herstellen wollten, standen Jelzin mit seinen heutigen Rivalen auf einer Seite. Sie bekämpften damals nicht nur die Alt-Stalinisten, sondern wollten auch Gorbatschow loswerden, um die schnelle Einführung der Marktwirtschaft durchzusetzen. Weil die Arbeiterklasse

es sich mit Teilen seiner eigenen Bürokratenkaste anlegen, die eine Lösung der Krise durch härtere Unterdrückung wollten. Dazu brauchte er die Unterstützung der Massen, die er sich mit halbdemokratischen Reformen zu sichern versuchte. Gorbatschow wollte die Revolution von unten durch Reform von oben verhindern.

Doch eine Planwirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn die Masse der Beschäftigten die Produktion selbst organisiert und die Bevölkerung den Wirtschaftsplan demokratisch ausarbeitet. Wenn die Masse der arbeitenden Bevölkerung eine solche Macht ausübt, wird sie mit Sicherheit keine Privilegien für unfähige Bürokraten dulden.

Die Reformen Gorbatschows hatten eine solche Arbeiterdemokratie nie zum Ziel, damit hätte er sich selbst entmachteter. So führten die Reformen zu noch schnellerem Zerfall: Marktwirtschaftliche Elemente – Abschaffung des Außenhandelsmonopols, Privateigentum an Produktionsmitteln – brachten mehr Chaos ohne bessere Steuerung der Wirtschaft. Die demokratischen Reförmchen ermutigten die Arbeiter zum Aufbau unabhängiger Gewerkschaften und zu Lohnkämpfen nie gekanntem Ausmaßes.

Abkehr vom eigenen System

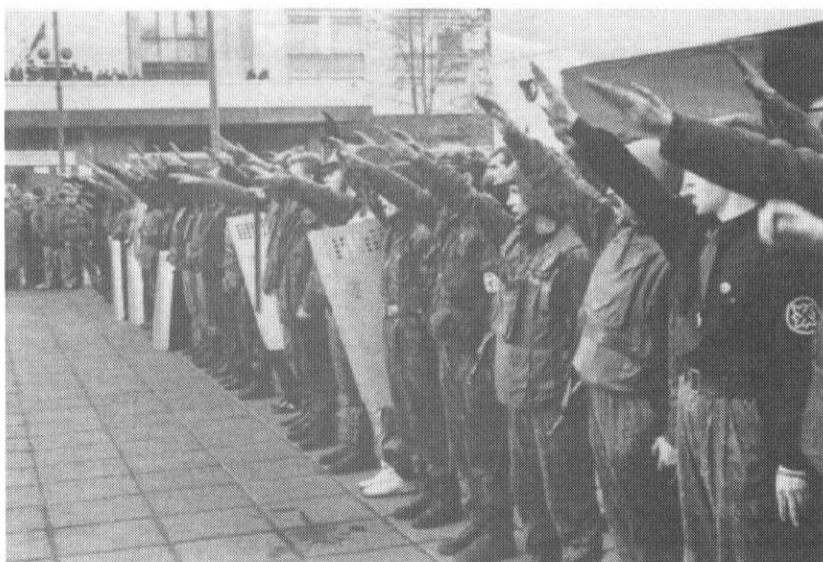
Die Zunahme der wirtschaftlichen und politischen Probleme trieben Gorbatschow und immer größere Teile der Bürokratie auf den Weg der Marktwirtschaft. Der wirtschaftliche Verfall beschleunigte sich dramatisch. Aus regionalen Machtinteressen wurden Na-

Russische Kapitalisten brachten 1992 mindestens 9 Milliarden Dollar auf westliche Konten. Dies zeigt, wie wenig Vertrauen die neuen Kapitalisten in die eigene wirtschaftliche Entwicklung haben.

im August 1991 die Rückkehr zur völligen Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung fürchtete, konnte Jelzin die Massenbewegung nutzen, um selbst an die Macht zu kommen.

Wendepunkt

Das war der Wendepunkt auf dem Weg zum Kapitalismus. Gorbatschow war 1986 angetreten, um das korrupte bürokratische System zu reformieren. Als ehemaliger KGB-Chef kannte er die immer bedrohlichere Stimmung in der Bevölkerung. Wachsende Unzufriedenheit und wirtschaftliche Probleme würden früher oder später zu offenen Protesten und Unruhen führen. Gorbatschow versuchte, das System der bürokratischen Planung durch marktwirtschaftliche Elemente und geringfügige Mitbestimmung effektiver zu machen, ohne die Privilegien der Bonzen zu gefährden. Dabei muß-



Russische Faschisten vor dem Parlament im Oktober 93

und ist nur durch ihre große Anzahl an Direktmandaten stärkste Fraktion geworden. Auf Platz drei landeten die "Kommunisten" mit 13,6 Prozent.

Wahlsieg für Schirinowski

Die Regierungschefs der westlichen Welt waren geschockt. Getragen von seinem Wahlerfolg fuhr Schirinowski große Wortgeschütze auf. Er drohte mit der "Zerstörung Deutschlands", will Polen Rußland einverleiben und eine "Superwaffe" gegen den Westen einsetzen. Die Presse hat sich auf den Demagogie gestürzt. Schirinowski, der viel Merkmale eines Faschisten hat, ist nicht zu unter-

die Arbeiterklasse. Mit Antisemitismus und Nationalismus versucht er die Massen zu blenden und zu verwirren. Schirinowski versucht, von der durch die Einführung des Kapitalismus verursachten sozialen Katastrophe mit großrussischen und "antiimperialistischen" Parolen abzulenken und Juden und Nicht-Russen als Sündenböcke hinzustellen.

Der neue russische Kapitalismus hat kaum Möglichkeiten, sich auf dem hart umkämpften Weltmarkt einen Anteil zu sichern. Er ist letztendlich gezwungen, sich auch mit militärischen Mitteln und Führern wie Schirinowski zu einer regionalen imperialistischen Macht aufzuschwingen. Andernfalls würden sich rus-

Bundesweiter Uni-Streik!

Widerstand gegen die Bildungsreform koordinieren

Nach den ersten Aktionen Ende 94 kam in Köln die Idee auf, eine bundesweite Streik-Konferenz durchzuführen. Das Ziel sollte sein, die vereinzelt Kämpfe zu vereinen und gemeinsame Forderungen aller Studenten aufzustellen.

Vom 14.-16. Januar fand diese Konferenz, an der über 200 Studenten aus ganz Deutschland teilnahmen, in der Pädagogischen Hochschule in Köln statt.

Die Hauptforderung, die in Verbindung mit einem am 1. März ablaufenden Ultimatum an die Bundes- und Landesregierungen gestellt werden soll und die von den Vertretern der Streikkonferenz an die einzelnen Unis getragen wird, ist die Rücknahme des Eckwertepapiers.

Desweiteren wurde ein bundesweiter Aktions- und Streiktag für den 1. Februar festgesetzt, über dessen Durchführung die Vollversammlungen der einzelnen Unis noch entscheiden müssen.



Französische SchülerInnen und StudentInnen haben die reaktionäre Bildungswende der Regierung vorerst zurückgeschlagen

Sollten die Forderungen bis zum Ablauf des Ultimatums von Seite der Regierung nicht erfüllt werden – was wohl zu erwarten ist – sollen die einzelnen Vollversammlungen nach den Semesterferien über einen unbefristeten Streik im Sommersemester entscheiden.

Diese Streikkonferenz, an der Vertreter von über 30 Unis teilgenommen haben, war ein erster Schritt, die Streiks und Aktionen, die bisher vereinzelt gelaufen sind, zu koordinieren.

An den Universitäten selbst ist es ruhiger geworden, die Euphorie der ersten Streiktage ist vergangen. Allerdings hat sich die Situation an den Unis nicht geändert. StudentInnen aus Aachen äußern sich über die Konsequenzen der Studienreform und den weiteren Kampf dagegen:

Sonja, 23 (Biologie und Geographie auf Lehramt): "Für mich ist es auf keinen Fall möglich, mein Studium durchzuziehen. Vielleicht könnte ich mich 2-3 Semester über Wasser halten, müßte dann aber alles aufgeben und mein Studium blind und möglichst schnell durchziehen. Eine Alternative zum Studium gibt es für mich nicht. Ich habe keine Lust mich an das anzupassen, was gerade gebraucht wird. Ich möchte das machen, was meinen Interessen und Fähigkeiten entspricht."

Olaf, 22 (Maschinenbau): "Die einzige Perspektive wäre für mich wohl die Zwangsexmatrikulation, falls wir die Sache nicht vom Tisch hauen. Es geht mir nicht nur um die Abwehr der jetzigen Angriffe, sondern das Studium müßte insgesamt anders aufgebaut werden. Mein Maschinenbaustudium ist viel zu abstrakt, es gibt zuviele Klausuren und der Druck ist viel zu hoch. An prakti-

Teil zu träge, denn ihnen ist nicht klar genug, was mit ihnen passiert, der Streik an der Uni ist nicht gleichzusetzen mit einem Streik im Betrieb. Man schneidet sich dadurch nur ins eigene Fleisch, es sei denn, man findet Maßnahmen, mit denen man effektiver auf sich aufmerksam macht. Ich würde mir so etwas wie eine Fakultätsbesetzung vorstellen. Jeder Student muß sich mit den Eckwerten und den wahren Ursachen, den wirtschaftlichen Zusammenhängen, vertraut machen."

Sonja: "Die Abwehr wird auch durch diesen Aktionstag nicht gewährleistet. Beseitigt werden können die Angriffe aber auch nur durch eine regelmäßige und konsequente Arbeit. Es fehlt jemand, der die Sache in die Hand nimmt. Dazu reichen die Fachschaften nicht mehr aus. Ich glaube aber kaum, daß es eine Bereitschaft zu konsequenter Arbeit unter den StudentInnen gibt."

Olaf: "Ich finde schon, daß eine Vereinheitlichung der Streiks unbedingt notwendig ist. Deshalb war dieser Beschluß ein erster Schritt in die richtige Richtung. Langfristig sollte aber eine kämpferische Studentengewerkschaft nach dem Vorbild Frankreichs in Deutschland aufgebaut werden. Diese StudentInnen-Gewerkschaft müßte die Aufgabe haben, Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Krise und Sozialabbau klarzumachen und den Kampf politisch zu führen."

Bei vielen Aktiven herrscht zur Zeit etwas Frust über die "Trägheit" vieler Studierender und Unsicherheit, wie der Kampf gegen die Studienreform weitergeführt werden kann.

VORAN meint: Die "Trägheit" ist eine Folge von mangelnden Perspektiven. Wenn die Studis nicht sehen können, daß der Kampf gesteigert wird und in den einzelnen Orten vor sich hindümpelt, läßt natürlich die Motivation nach.

Es müssen jetzt effektive Verbindungen zwischen den Unis geschaffen werden, es darf nicht nur zu bundesweiten Aktionen aufgerufen werden, sondern diese müssen koordiniert werden. Wir meinen, daß eine StudentInnengewerkschaft aufgebaut werden sollte. Dies wäre der beste Weg, um die Aktionen zu vereinheitlichen und Schlagkraft zu entfalten.

Die StudentInnen müssen versuchen, auch die SchülerInnen und Azubis zu erreichen. Wenn sich alle zusammen gegen Sozial- und Bildungsabbau wehren, wird die Kampfkraft viel größer sein.

Tanja und Falko, StudentInnen aus Aachen und Köln



Um die katastrophalen Zustände an den Unis zu beenden, ist eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben notwendig.

Das Eckwertepapier

Im Eckwertepapier ist beschrieben, wie bundesweit das Studium verändert werden soll. Die Landes-Bildungsministerien sollen dann die Eckwerte für ihre Universitäten konkretisieren. Die wirklichen Probleme der Unis – zuwenig Professoren, zu wenig Räume, realitätsferne Studiengänge – werden damit nicht angepackt, Studieren wird lediglich auf Kosten der StudentInnen verschärft:

- Die Studienzeit soll verkürzt werden
- Diejenigen, die ihre Regelstudienzeit um mehr als zwei Semester überziehen, sollen Studiengebühren zahlen. Danach droht der Ausschuß von der Universität (Zwangsexmatrikulation)
- Studieninhalte sollen von den Ministerien festgelegt werden. Die Selbstbestimmung der Hochschulen wird ausgehöhlt
- Das Studium soll aufgegliedert werden: wirtschaftlich verwertbares Schmalspur-Fachidioten-Studium für die Masse, wissenschaftliches Elite-Studium für wenige
- Zwei Drittel der StudentInnen müssen angesichts steigender Mieten und einem BAFÖG, was vorne und hinten nicht reicht, nebenbei arbeiten. Für sie ist das Studium dann nur noch zu schaffen, wenn sie den Stoff reinpauken, an Privatleben oder umfassende Bildung ist dann kaum noch zu denken.
- Damit will die Kohl-Regierung mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen:
- Auf der Uni sollen sich wieder stärker "Elite"-Studenten aus reicheren Familien rumtreiben oder Leute, die für ein erfolgreiches Studium alles stehen und liegen lassen
- Um die wirklichen Probleme der Hochschulen braucht sich die Regierung nicht kümmern, kann weiter bei den Bildungsausgaben sparen
- Und gar auf gesellschaftskritische Gedanken werden die StudentInnen bei solch einem Studium schon gar nicht kommen

- Nein zur "Elite"-Bildung
- Massiver Ausbau der Hochschulen
- Bestimmung der Studieninhalte durch Studierende und Dozenten
- Elternunabhängiges BAFÖG von 1500 DM für alle
- Ausreichend bezahlbare Wohnungen für alle

US-Straßengangs: Friedensabkommen!

"If the kids are united, they will never be divided"

Unter dem Motto dieser alten Punk-Hymne könnten die aktuellen Ereignisse in den USA stehen. In den Bandenkriegen der Ghetto-Kids waren in den letzten Jahren Tausende junger Menschen getötet worden.

Vor einem Jahr schlossen Mitglieder von Jugendgangs wie "Bloods", "Cripps", "Ganster-Disciples" und "Vice-Lords" aus 67 Städten einen Waffenstillstand. Damit erreichten sie das, wozu 13 000 Polizisten allein auf den Straßen Chicagos nicht fähig waren: die Mordrate ist um 40 Prozent gesunken.

Die Tötung von 50 Jugendlichen durch die Nationalgarde beim Aufstand von Los Angeles im Mai 92 hatte den Anstoß zum Friedensabkommen der Gangs gegeben. Die Jugendlichen aus den heruntergekommenen inner cities wollten nicht mehr aufeinander losgehen, sondern gegen ihre miesen Lebensbedingungen und die gemeinsamen Gegner, gegen Polizei und die Reichen kämpfen.

Über den reinen Waffenstillstand hinaus stellten die USA-weit organisierten "Bloods" und "Cripps" ein Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung der Innenstädte auf. Sie forderten Arbeitsplät-

ze und Wohnungen. Die Gangs organisierten zwei Demonstrationen für eine bessere Bildung mit mehreren Zehntausend TeilnehmerInnen.

Ein Gang-Anführer sagte selbstbewußt: "Wir sind eine neue Bewegung. Wir sind eine Revolution. Wir werden diese Gesellschaft umgestalten."

Aufbruch in den Knästen

Mehr schwarze Jugendliche sitzen in den Knästen als im College. Die meisten der Gefängnisinsassen sind keine "Verbrecher", sondern Opfer des US-Kapitalismus. In den Gefängnissen herrscht auch eine Aufbruchstimmung, diese Lage nicht mehr ertragen zu wollen. Es gab mehrere Aufstände gegen die unmenschliche Behandlung und die Schikanen in den Gefängnissen. Das politische Interesse nimmt zu.

In einem Knast in New Jersey gründete sich eine Gruppe von Gefangenen, die anfangs, die amerikanische Verfassung zu lesen und zu diskutieren und beim kommunistischen Manifest endete. Sie haben eine Gefangenengeneration gegründet, die die oftmals gegeneinander aufgehetz-

ten Schwarzen und Weißen im Kampf für bessere Verhältnisse vereinigen will. Die Gruppe steht im engen Kontakt mit den amerikanischen Marxisten um VORANs Schwesterzeitung LABOR MILITANT.

Auch die zunehmende Gefangenen-Selbstorganisation, die bei Wärtern und Gefängnisverwaltung verhaßt ist, ist ein Anzeichen für den Aufbruch in den unterdrückten Schichten der US-Gesellschaft.

Vom Big Business und dem Staat errichtete künstliche Barrieren zwischen Schwarz und Weiß oder verschiedenen Gangs müssen überwunden werden, das haben viele Amerikaner erkannt.

Auch in Deutschland werden im Zuge der Krise die Bedingungen in den Großstädten der USA ähnlicher. Auch hier besteht die Gefahr, daß sich verschiedene Gangs untereinander bekriegen, daß Jugendliche auf den "Ausweg Kriminalität" statt auf den gemeinsamen sozialen und politischen Kampf gegen die Reichen und den Staat setzen. Wir sollten das amerikanische Signal aufgreifen: Gemeinsam sind wir stark!

Kim, VORAN-Gruppe Lübeck



Der von rassistischen Polizisten zusammengeschlagene Rodney King war kein Einzelfall.

Was will VORAN

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem, in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der "3. Welt" bei gleichzeitiger Überproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Würden die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit der Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat seit dem Erscheinen unserer Zeitung 1973 die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokraten-schicht politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Wir haben das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die Planwirtschaft immer verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer echten Arbeiterdemokratie eingetreten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch mit diesem System Frieden geschlossen und sind meilenweit vom Leben der arbeitenden Bevölkerung entfernt.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und alle hauptamtlichen Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als ein durchschnittlicher Facharbeiter und daß sie der demokratischen Kontrolle der Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern auf den restlichen Kontinenten vertreten ist.



JRE ist die einzige europaweite Antifa-Organisation.

2. JRE-Bundeskonferenz, Frankfurt/Main, 22./23. 1. 1994

Gemeinsam gegen Rechts

"Auch wir sind Zapatisten". Diese Solidaritätserklärung mit den Aufständischen in Mexiko bekam großen Applaus von den 370 TeilnehmerInnen der zweiten Bundeskonferenz von Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE.

Sie kamen aus allen Ecken Deutschlands, aus 46 Orten von Rostock bis zum Bodensee. Das jüngste anwesende JRE-Mitglied war 13 Jahre, das älteste war 76 Jahre alt. Vertreter der JRE-Sektionen aus Großbritannien, Schweden, Holland, Portugal und Griechenland waren gekommen, um ihre Erfahrungen zu berichten.

Wie können REP, DVU und Co. 1994 wirkungsvoll bekämpft werden? Diese Frage war der Ausgangspunkt für die

Diskussion am ersten Tag der Konferenz.

Gegen rechts wählen

Einigkeit herrschte darüber, daß JRE sich den Faschisten entgegenstellen wird, wenn sie versuchen, ihre Hetze auf Plakaten, an Info-Ständen und auf Wahlveranstaltungen zu verbreiten.

Es wurde jedoch auch festgestellt, daß das nicht ausreicht: "Um die Faschisten zu schlagen, müssen die sozialen Bedingungen für ihr Wachstum bekämpft und die rassistische Politik gegen Flüchtlinge und andere AusländerInnen beendet werden.", heißt es im beschlossenen Wahlaufzuruf.

"Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus". Diese Feststellung des amerikanischen Schwarzenführers Malcolm X ist Grundlage der Politik von JRE. In der Diskussion zum "Superwahljahr" wurde betont, daß die Nazis als Hilfruppen des Kapitals dienen und daß die Herrschenden den Rassismus benutzen, um in der Krise des Kapitalismus ihre Herrschaft zu sichern und die Arbeiterklasse zu spalten.

Der Vorschlag des Bundesausschusses von JRE für den Wahlaufzuruf beinhaltete die Parole "Deine Stimme gegen Rechts - wähle gegen Faschisten, CDU, CSU und FDP!". In der Begründung wurde erklärt, daß die Faschisten eher Chancen haben, in die Parlamente zu kommen, wenn linke Wähler zu Hause bleiben.

Nur wenige Delegierte bestritten die Wichtigkeit der Wahlen für die Faschisten und meinten, daß JRE nicht dazu aufrufen sollte, zur Wahl zu gehen.

Kontroverse um Wahlaufzuruf

Kritik richtete sich jedoch dagegen, daß mit diesem Aufruf indirekt die Wahl der SPD als eine Möglichkeit neben der Wahl von PDS oder Grünen vorgeschlagen wird. Ein auf der Konferenz formulierter Alternativantrag formulierte es so: "Keine Stimme für Faschisten, CDU/CSU und FDP. Die Politik der SPD-Führung macht eine Wahl dieser Partei nicht möglich. Dennoch wollen wir auch mit Sozialdemokraten eine Einheitsfront gegen Rassismus bilden."

Einigkeit bestand unter den Delegierten darin, daß die SPD-Spitze wegen ihrer rechten Politik und der Zustimmung zur Asylrechtsänderung scharf angegriffen werden muß. Aber gleichzeitig wurde in der Diskussion klargestellt, daß JRE sich mit einem Wahlaufzuruf gegen die SPD von einem großen Teil der SPD-Basis und der ArbeiterInnen, die bei aller Enttäuschung die SPD als einzige Alternative zur Kohl-Regierung sehen, isolieren würde.

VORAN-Unterstützer erklärten, daß die Abwahl Kohls und die Wahl einer SPD-Regierung eine bessere Ausgangsbasis bietet, um die Angriffe des Kapitals abzuwehren und Verbesserungen zu erkämpfen. Entscheidend für diese Einschätzung ist, daß die SPD sich von ihrer Mitgliedschaft und ihren gewerkschaftlichen Verbindungen her grundsätzlich von CDU/CSU und FDP unterscheidet. Natürlich ist eine SPD-Regierung nur eine bessere Ausgangsbasis: Wenn die ArbeiterInnen nicht gegen die Unternehmer in die Offensive gehen und auf die Führungen der SPD und auch der Ge-

Der Spaß kam nicht zu kurz ...

Über 1000 Jugendliche waren am Samstagabend auf dem zur Konferenz gehörenden "Festival gegen Rechts" in der Offenbacher Stadthalle. Justin Sullivan, Sänger der britischen Band New Model Army begeisterte mit einem Solo-Auftritt zusammen mit dem Gitarristen Dave Blomberg. Weiterhin traten die Metal-Band Psoriasis sowie die Frankfurter Bands D.B.A., Distress und Sativa auf. Krönender Abschluß war eine der dienstältesten deutschen Punk-Bands, Normahl, die vor allem mit ihren Cover-Versionen der alten Kampflieder "Sacco und Vanzetti", "Avanti Popolo" und "Auf auf zum Kampf" begeisterten. Justin Sullivan und seine Kollegen nahmen auch an der JRE-Konferenz teil.



antifa notizen

Heuchelei in Halle?

Täglich werden Ausländer oder andere Minderheiten von Nazis angegriffen. In der Presse tauchen Kurzmeldungen auf, die Polizei legt die Akten darüber weit, weit weg.

Als ein gehbehindertes Mädchen aus Halle aussagte, Nazi-Skins hätten ihr ein Hakenkreuz in die Wange geritzt, war auf einmal alles anders. Eine bundesweite Fahndung nach den Tätern wurde eingeleitet, eine 18-köpfige Sonderkommission eingesetzt, eine große Pressekampagne kam ins Rollen.

In Halle wurde der Überfall zum Hauptthema. 15 000 demonstrierten gegen rechte Gewalt. Dann kam es raus: Die junge Frau hat sich die Verletzung selbst beigebracht, wollte auf ihre psychischen Probleme aufmerksam machen.

London: Polizei läuft Amok

Am 15. Januar haben 400 Londoner Antifaschisten unter Führung von YRE - Youth Against Racism in Europe ein Gedächtnis-Konzert für die Nazi-Band Skrewdriver gestoppt. Die 150 Faschisten flohen, als die Demo auf sie zukam. Danach dachten die Antifaschisten, sie könnten nach Hause gehen. Doch die massiv aufmarschierte Bereitschaftspolizei ließ nur den Weg in eine U-Bahn-Station frei. Die U-Bahn, die die Demonstranten betreten, war jedoch keine normale, sondern ein "Polizei-Sonderzug".

Diese ließ die Bahn eine Stunde lang durch ganz London fahren. Zu Anfang

und die Behörden hatten von Anfang an Hinweise darauf.

Warum wurde diese Kampagne gestartet? Haben die Behörden den Hilferuf der jungen Frau mißbraucht, um allen medienwirksam vorzuführen, daß es sich nicht lohne, gegen die Nazis zu demonstrieren. Daß vieles sowieso nur Schaurmärchen wären und Gewalttaten vor-schnell als rechts eingestuft werden?

Wenn das so wäre, und der Verdacht drängt sich auf, würde damit weiterem Terror Vorschub geleistet. Daß sich viele nicht von diesem Einzelfall beeindrucken lassen und wissen, daß rechte Gewalt real ist, zeigt die Demonstration eine Woche später, bei der 1500 in Halle gegen einen Nazi-Aufmarsch demonstrierten.

wurden noch Scherze gemacht, doch dann wurde den Leuten klar, was passieren würde. Die Demonstranten wurden in der Earls Court Station rausgelassen. Polizisten hatten alles abgesperrt und umstellt. Ohne jede Vorwarnung schlugen sie in die dichtgedrängte Menge.

Augenzeugen berichten: "Die Polizisten traten, schlugen und knüppelten alles nieder, was sich bewegte ... Eines Tages werden diese Polizisten jemanden umbringen, und ich schwöre, friedliebende Leute wie ich werden nicht einfach danebenstehen." (aus: MILITANT, 21. Januar 94)

werkschaften Druck machen, wird sich nichts verändern.

Mit 111 zu 53 Stimmen bei 4 Enthaltungen wurde schließlich der Wahlaufzuruf des Bundesausschusses angenommen. Damit wurde ein Schritt Richtung Isolierung von der SPD-Basis und von sozialdemokratisch orientierten GewerkschaftlerInnen verhindert.

Es war notwendig, die Haltung zur SPD ausführlicher zu diskutieren. Andererseits kamen dadurch andere wichtige Themen, die in der Einleitung angeschnitten wurden, in der Diskussion zu kurz, zum Beispiel die Perspektiven für die faschistische Bewegung.

Eine positive Bilanz

Auf der Gründungskonferenz vor 14 Monaten gab es Gruppen in 11 Orten. Heute sind es 38 Gruppen in 26 Orten. Dieser Erfolg im Aufbau sowie der berechnete Stolz aller JRE-Mitglieder auf die geleistete Arbeit war der Hintergrund für die kämpferische Stimmung auf der Konferenz.

Trotz der zum Teil scharf geführten politischen Diskussion behielt Sascha Stanicic vom JRE-Bundesbüro recht, der in seiner Einleitung sagte, daß diese Konferenz keine Konferenz von "Intellektuellen, die nur Theorien diskutieren" sei.

Das galt auch für die aufgekommenen Fragen zur Rolle von VORAN innerhalb von JRE. Viele JRE-Mitglieder haben ein begründetes Mißtrauen gegen Parteien und politische Organisationen und befürchten eine Vereinnahmung.

Die Arbeit der VORAN-Unterstützer, die im Bundesbüro oder Bundesauschuß Verantwortung getragen haben, wird jedoch von fast allen positiv gesehen. So gab es dann auch bei den Wahlen zum neuen 12-köpfigen Sprecherrat klare Mehrheiten für alle Kandidaten, die VORAN zugehörig sind.

In der politischen Kontroverse um die Haltung zur SPD und zum Wahlaufzuruf hat sich nach einer demokratischen und ausführlichen Position letztlich der von VORAN unterstützte Entwurf des Bundesausschusses durchgesetzt.

JRE ist mit etwa 1000 Mitgliedern schon heute die größte bundesweite und einzige europaweit arbeitende antifaschistische Organisation. Diese Konferenz war ein großer Schritt vorwärts, hat Impulse für den Aufbau neuer Gruppen geliefert und zeigte die Ernsthaftigkeit der JRE-Mitglieder im Kampf gegen Nazis und Rassismus.

Ulf Petersen, JRE-Bundessprecher, VORAN-Gruppe Köln

unser standpunkt

Superwahljahr 94 – kein Superjahr

Deutschland ist mit Negativrekorden ins Superwahljahr gestartet. Rekordarbeitslosigkeit, Rekord-Wohnungsnot, Rekordzahl bei den Sozialhilfebedürftigen. Und im Laufe dieses Jahres werden mindestens weitere 500 000 Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt. 80-90 Prozent der Bevölkerung werden am Ende des Jahres weniger Geld zur Verfügung haben. Dieser Zustand schreit nach grundlegender Veränderung. Aber welche Partei bietet eine Alternative an?

Alle Parteien blicken mit Sorge auf dieses Wahljahr. Nicht ohne Grund. Da ist die CDU: Seit 11 Jahren macht sie im Verein mit CSU und FDP von Bonn aus Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Der Platz dieses Artikels reicht nicht aus, um auch nur die Anfangsbuchstaben aller Kürzungs- Streichungs- und Plattmach-Maßnahmen dieser Regierung aufzuzählen. Und jetzt will sie wiedergewählt werden. Aber wie das den Wählern klar machen?

Die CDU versucht die dreiste Tour: Demnach ist nicht die CDU Schuld an Krise und Kürzungen, sondern wir. Wir haben nämlich angeblich über unsere Verhältnisse gelebt. Und damit das nicht wieder vorkommt, verspricht die CDU, in Zukunft ein noch strengerer Zuchtmeister zu sein.

Die SPD-Führer wollen natürlich auch gewählt werden, haben aber nicht die Absicht, eine grundsätzlich andere Politik zu machen. Wie also sich von der CDU unterscheiden? Die SPD-Führung setzt auf die "Wir-sind-ehrlich"-Mache: "Wir sind ehrlich und sagen, daß wir eine sofortige Wiedereinführung des Solidarzuschlages und Steuererhöhungen fordern." Wer also gerne sein Geld über den Solidarzuschlag loswerden möchte, der wählt SPD. Mit dieser Politik der SPD-Regierung ist es leider ungewiß, ob es gelingt, Kohl loszuwerden.

"Auf ein Superwahljahr 1994" plakatierte die FDP zum Jahresanfang. Ein schlechter Silvesterschmerz für viele Wähler, denn sie sind alles andere als in freudiger Erwartung der Wahlen. Nicht zu vergessen, daß mehrere Millionen Einwohner nicht wählen dürfen, weil sie keinen deutschen Paß haben.

Nur die Tatsache, daß die REPs und andere faschistische Parteien vor den Parlaments-Toren stehen, veranlaßt viele, von einer Wahlenthaltung abzusehen. Aber umso verzweifelter suchen sie eine wählbare Alternative. Auf dieser Stimmung versuchen bürgerliche und rechte Splitterparteien wie die "Statt-Partei" und der "Bund Freier Bürger" ihr Süppchen zu kochen.

Wählen alleine reicht nicht

Alle sozialen und demokratischen Rechte wurden nicht von ein paar Dutzend Parlamentsabgeordneten erkämpft, sondern von der Arbeiterbewegung. In diesem und den nächsten Jahren gilt es, Erreichtes zu verteidigen und Verlorengangenes wiederzuholen. Dabei kann man nicht auf eine neue SPD-geführte Regierung setzen. Das zeigt die politische Praxis in den Ländern und Kommunen, in denen die SPD regiert.

Genauso falsch ist es, wenn die Gewerkschaftsführung auf den Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Lohnverlust und Sozialabbau verzichtet und vielleicht auch noch so tut, als ob man bei den nächsten Wahlen allein per Stimmzettel die Dinge ändern könnte. Sozialleistungen, Bildungs- und Ausbildungschancen und demokratische Rechte müssen durch den aktiven Kampf der Arbeiterbewegung verteidigt werden.

Wählen allein reicht auch deshalb nicht, weil sowohl SPD wie PDS dem Wähler nur die Wahl zwischen Kapitalismus und Kapitalismus, zwischen Krise und Krise lassen. Und die Bündnisgrünen wandeln auf den gleichen Pfaden einer kapitalistischen Realpolitik der "Machbarkeit" unter Berücksichtigung "rechtlicher Schranken, außenpolitischer Rücksichtnahmen" und bei klarer Absage an "altlinke Umverteilungsmodelle" (Joschka Fischer).

Ende einer Ära

Dieses Superwahljahr markiert auf der Wahlebene das Ende einer Ära, in der Regierungen über ein Jahrzehnt ununterbrochen im Amt blieben. Die politischen Verhältnisse in Deutschland sind instabiler, unberechenbarer geworden. Ursache ist die Krise im Fundament der Gesellschaft: die Krise der Wirtschaft. Daran würde auch ein neuer Aufschwung nichts ändern.

12 Jahre lang haben wir eine Umverteilungspolitik von unten nach oben erlebt. Auf den Konten von Banken und Konzernen lagen Milliarden-Gewinne. Doch keine etablierte Partei fordert, daß die Verursacher der Krise und die Einheitsgewinnler zahlen sollen.

Auf die Entdeckung einer wählbaren Gruppierung zu hoffen, die dann die Dinge stellvertretend für uns regeln soll, wird nicht funktionieren. Man muß selbst aktiv werden. Denn eine alternative Politik, die wirklich die Interessen der Masse der Bevölkerung vertritt, fällt nicht vom Himmel. Sie muß systematisch aufgebaut werden.

VORAN hat sich dies zum Ziel gesetzt und tritt für einen tiefgreifenden Wandel der Gesellschaft ein. Unter "tiefgreifend" verstehen wir, daß an die Stelle des Profitsystems das Gemeineigentum an Produktionsmittel und Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen treten muß.

Die Verteidigung von Reformen und der Kampf um Verbesserungen kann letztendlich nur erfolgreich sein, wenn er mit dem Kampf um die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft verbunden wird. Dazu muß eine starke marxistische Kraft aufgebaut werden.



Die regionalen JRE-Gruppen hatten die Initiative für die Demo gegen die NPD ergriffen.

NPD-Bundesparteitag in Hessen

CDU und Polizei ermöglichen Nazi-Parteitag

Am 15. 1. 94 konnte die NPD, beschützt von mehreren Hundertschaften Polizei und Bundesgrenzschutz, ihren Bundesparteitag im hessischen Ehringhausen im Lahn-Dill-Kreis abhalten. Dagegen demonstrierten 250 Antifaschisten. Außerufen hatten Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE, SPD, Gewerkschaften, GRÜNE und Ausländergruppen.

JRE hatte im vergangenen Jahr mit Kampagnen zur Verhinderung des NPD-Parteitages erreicht, daß dieser am 5. Juni verboten und am 18. September im niedersächsischen Copenbrügge vorzeitig abgebrochen wurde.

Diesmal konnte der Parteitag nicht verhindert oder gestört werden. Das war durch die gute schwarz-braune Zusammenarbeit in der Gemeinde möglich geworden. Der von der NPD (13,6 Prozent bei den Kommunalwahlen) und der CDU gewählte Bürgermeister von der "Freien Wählergemeinschaft" und die Verwaltung hatten seit der Vorlage der NPD-Anmeldung im Mai 93 dichtgehalten.

Möglich wurde der NPD-Parteitag

auch durch das Versagen der SPD. Als deren Redner auf der Demonstration davon sprach, es sei ein Skandal, daß die Gemeinderats-Opposition erst im Dezember (!) davon erfahren habe, waren viele empört. Die SPD hatte zwei Wochen lang nichts unternommen, um Gegenaktionen zu organisieren!

JRE-Gruppen aus der Region erfuhren zwei Tage zuvor aus dem Fernsehen vom Parteitag und begannen mit der Mobilisierung. Die anderen Aufrufer schlossen sich dem an.

Polizeiaufgebot

Als die Demo-Teilnehmer ankamen, gingen die Faschisten gerade in die Halle hinein, die Polizei hatte die Zufahrtsweg abgesperrt. Mit einem vor der Halle postierten Wasserwerfer, einem Gefangenen-Wagen und aufmarschierten BGS-Einheiten demonstrierte sie ihre Stärke.

Die Redner auf der Demonstration durch den Ort machten klar, daß der Nazi-Parteitag nur durch die Hilfe der

CDU und der Polizei stattfinden konnte.

Ein NPD-Funktionär versuchte, aus nächster Nähe Fotos zu schießen. Als Demo-Teilnehmer auf ihn losgingen, wurde er von der Polizei abtransportiert. Der Verbleib des Filmes ist unklar.

Kurz vor Ende der Demo provozierte ein Zivilpolizist durch penetrante Video-Aufnahmen und durch die Weigerung zu sagen, wer er ist. Als ihn daraufhin Demonstranten vom Filmen abhalten wollten, tauchte sofort ein Trupp jugendlicher Polizei-Heißsporne auf, die Leute abdrängten und mit Pöbeleien provozierten. Doch die Einsatzleitung befand, daß man eine Auseinandersetzung nicht nötig habe und ließ die Situation nicht weiter eskalieren.

Der NPD ist es diesmal gelungen, ihren Parteitag lange geheimzuhalten, so daß nur eine regionale Mobilisierung möglich war. Doch JRE wird diesen Club von Altnazis und Jung-Schlägern nicht in Ruhe lassen.

Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage!

Jörn, JRE Köln

... Ausbildungsstätten besetzt

Fortsetzung von Seite 1

In vielen Städten wird wie in Bochum die Ausbildung ganz eingestellt. Seit zwei Jahren wurden schon keine neuen Lehrlinge eingestellt.

Dies ist eine Folge der Privatisierung der Post und der Kahlschlagpolitik der Bundesregierung. Bei Telekom und Post werden auch in anderen Bereichen massenhaft Arbeitsplätze abgebaut und der Arbeitsdruck erhöht. Dementsprechend bekommen die Azubis in Dortmund, Bochum und Hagen auch viele Solidaritätserklärungen von den Beschäftigten anderer Dienststellen.

Die Postgewerkschaft unterstützt die Azubis mit Essen und Getränken, ansonsten hält sie sich eher zurück, berichtete ein Jugendvertreter.

Hinhaltetaktik

Schon im Dezember hatten die Azubis drei Tage lang ihre Ausbildungsstätte besetzt. Sie forderten ein Gespräch mit einem Vorstandsmitglied der Telekom. Diese gab schließlich eine Zusage. Doch den ersten Termin ließ sie, trotz angereicherter Delegation platzen. Am 17. Januar gab es schließlich ein Gespräch. Aber nicht, wie versprochen mit einem Vorstandsmitglied, sondern mit vierträngigen Sekretären des Vorstands.

Diese erklärten nur, daß sich an den Beschlüssen nichts geändert habe und weiterhin keiner übernommen werde. Die Azubis fühlten sich regelrecht versäht. Auf einer anschließenden Vollversammlung der Azubis aus Dortmund, Hagen und Bochum wurde mit 96prozentiger Mehrheit der Beschluß zur Wie-

deraufnahme der Besetzungen gefaßt.

Der Vorstand hatte gedacht, er könne die Jugendlichen weichmachen, weil derzeit Prüfungen stattfinden. Doch diese machen die Besetzung, während sie tagsüber ihre Ausbildung weitermachen und sich auf die Prüfungen vorbereiten. Ihnen ist klar, daß sie ihren Druck steigern müssen. Sie diskutieren auch über einen Streik. Ein Jugendvertreter aus Bochum: "Wir können jederzeit aufhören zu arbeiten. Und wenn wir uns entschließen zu demonstrieren oder nach Bonn zu fahren, dann tun wir das eben und arbeiten nicht."

Dies haben sie auch schon getan. 120 Azubis aus allen drei Städten haben in Bonn vor der Hauptverwaltung der Telekom demonstriert. Der Bundes-Personalchef hat schließlich sechs Azubis ein Gespräch angeboten, bei dem nicht viel herauskam.

Der Telekom-Vorstand unternimmt keine Schritte, um die Betriebsbildungsstätte räumen zu lassen, weil er Angst vor der Ausdehnung des Kampfes auf andere Auszubildende und vor der Öffentlichkeit hat.

Ihnen muß gezeigt werden, daß diese Angst berechtigt ist. Die Postgewerkschaft sollte dafür sorgen, daß der Kampf möglichst schnell auf andere Ausbildungsstätten ausgedehnt wird.

Auch für andere Branchen ist sind die Aktionen der Post-Azubis eine gute Ausgangsmöglichkeit, um den Kampf für die Übernahme aller Auszubildenden zu intensivieren.

Frank Klobes, Jungsozialist, Kassel

Ost-Metaller-Streik 93

Der Dokumentarfilmer Klaus Wildenhahn hat eine empfehlenswerte Dokumentation über 23 Streiktage im Riva-Werk Brandenburg im Mai 93 gedreht. Der Film zeigt den Widerstand der Arbeiter gegen den Bruch des Stufentarifvertrages durch die Arbeitgeber, die Vorbereitung und Durchführung dieses ersten großen Streiks im Osten nach 60 Jahren, die Entschlossenheit der Arbeiter, trotz hoher Arbeitslosigkeit, kaum vorhandener Kampferfahrung und gewerkschaftlicher Strukturen. Der Umgang mit Streikbrechern und viele andere Episoden des Arbeitskampfes, sparsam kommentiert, vermitteln einen guten Eindruck über den Verlauf des Kampfes und die spezifische Stimmungslage in Ostdeutschland. So wird ein Vorgesetzter, der früher Gewerkschafts- und SED-Funktionär war und als Streikbrecher ins Werk will, von einer wütenden Menge angegriffen: "Ihr habt uns doch früher immer erzählt, wie das ist im Kapitalismus, daß die Arbeiterklasse im Westen dagegen geschlossen kämpfen muß! Jetzt machst Du Dich selbst zum Kapitalisten-Knecht." Die Dokumentation kann als Video-Kassette bei der Redaktion angefordert werden.

VORAN Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung für ArbeiterInnen und Jugendliche. Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604, Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

Stoppt den Lohnraub!

“Wir können es uns nicht leisten!” Wie oft haben wir dieses Lamentieren von den feinen Herren der Chefetagen gehört, wenn es um eine notwendige Lohnerhöhung ging?! Und das auch diesmal, obwohl die Gewerkschaften lediglich einen Ausgleich für steigende Preise und Abgaben fordern.

“Die Kasse ist leer, der Staat ist pleite” behaupten die überbezahlten Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber. Während der CDU-Innenminister Kanther die KollegInnen im öffentlichen Dienst beleidigt, sie kämen “von einem anderen Stern”, weil sie die fantastische Summe von 4 Prozent verlangen, erklären die SPD-Vertreter aus den Ländern und Kommunen ganz unschuldig, sie hätten einfach kein Geld. Doch sie verschweigen die andere Seite der Rechnung: 135 Milliarden Mark Zinsen werden als Top-Priorität an die Banken bezahlt. Das heißt, 20 DM von jeden 100 DM Steuergeld und Abgaben, die wir bezahlen, fließen direkt auf die Konten der Bankiers.

Die Reichen werden reicher ...

Und die Müllwerker und Krankenschwestern sollen dafür Lohnverluste hinnehmen?! Wenn es eine Lücke im Etat gibt, sollen Bund, Länder und Gemeinden das Geld von den Reichen holen. “Unternehmer”, die in Ostdeutschland tätig sind, bekommen 50 Prozent ihres Kapitals gratis von uns. Die Profite behalten sie ganz, zurückbezahlt wird nicht. Außerdem bekommen alle Unternehmer und Reichen ständig Steuergeschenke – die direkte Steuerbelastung der Gewinne wurde um rund ein Drittel reduziert – durch höhere Steuern und Abgaben der Arbeitnehmer und Einkommens Kürzungen der Ärmsten bezahlt.

Apropos Banken. Trotz Krise und Massenarbeitslosigkeit machen sie jetzt mehr Profite denn je. Ihre

Gewinne sind im ersten Halbjahr 1993 gestiegen – zwischen 12,6 (Deutsche Bank) und 24,8 Prozent (Hypobank). Und was sagen sie zur bescheidenen Lohnforderung der Angestellten? “Wir können es uns nicht leisten.”

Und damit muß es der letzte Kollege kapiert haben: Die Arbeitgeber lügen. Ebenso die Regierung: Jetzt ist herausgekommen, daß Arbeitslosengeld und hilfe nicht “nur” um 3, sondern effektiv um bis zu zehn Prozent gekürzt worden ist. Kohl und Komplizen hatten bisher verschwiegen, daß die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge so angerechnet wird, daß die Kürzung viel höher ausfällt.

Wie Gerhard Zambelli von der IG Metall, meint: “In den Betrieben werden Menschen entlassen, an den Börsen wird mit Sekt angestoßen, das ist die Realität in diesem Land.”

Einerseits leben 25 Prozent der deutschen Bevölkerung inzwischen unter oder knapp über der Armutsgrenze, andererseits gibt es jetzt über 110 000 Millionäre und 85 Milliardäre. Die oberen 10 Prozent der Bevölkerung verfügen über die Hälfte des Geldvermögens, die unteren 50 über nur 2-3 Prozent.

Das betrifft nicht nur das wachsende Heer der Arbeitslosen und Sozialhilfempfänger, die am meisten für die Krise des Profitsystems opfern müssen. Auch Leute, die die ganze Woche ackern, haben immer weniger davon. Laut ÖTV sind die Gewinne der Bosse in den letzten 10 Jahren netto um auf das anderthalbfache gestiegen, die Reallöhne- und Gehälter um miserable 7,7 Prozent.

- Stoppt den Sozialabbau
- Anpassung der Löhne an die Inflationsrate
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich und Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle
- Entlaßt die Bosse, bevor sie Euch entlassen – Verstaatlichung der Konzerne und Banken unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten
- Arbeitsplätze schaffen im Wohnungsbau und Umweltschutz



Post-Azubis kämpfen für Übernahme!

In Dortmund, Bochum und Hagen haben rund 150 Auszubildende der Telekom ihre betrieblichen Ausbildungsstätten besetzt. In München verbarrikadierten 500 Azubis den Eingang der Hauptgeschäftsstelle der Telekom – nach dem Motto: “Wenn ihr uns vor die Tür setzen wollt, dann setzen wir euch vor die Tür!”. In Stuttgart demonstrierten 700 Post-Auszubildende aus dem Raum Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart.

Die Jugendlichen appellieren an alle Ausbildungsstellen der Telekom, sich ihrem Kampf anzuschließen. VORAN fordert alle LeserIn-

nen auf, Unterstützung für die Post-Azubis zu organisieren.

Solidaritäts-Schreiben an Dortmund: Fax 0231/1313192, Hagen: Fax 02331/2032546, Bochum: 0234/4590885

Die Demos und Besetzungen wenden sich gegen die Verweigerung der Übernahme. In Westdeutschland wird kein Azubi bei der Telekom übernommen, bundesweit stehen 2985 Post-Jugendliche nach der Ausbildung auf der Straße.

Fortsetzung auf Seite 2